

**Schlussbericht
zum Projekt**

**Wirtschaftsnationalismus
in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert**

gefördert durch die



durchgeführt an der



in Frankfurt (Oder)

1. Allgemeine Angaben:

Aktenzeichen:

II/77 568

Bewilligungsempfänger:

Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit, Forschungsstelle Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas

Projektleiter:

Prof. Dr. Helga Schultz

Bewilligungsbetrag:

Bis zu 374.400 €

Projekt:

Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa – Polen und die Tschechoslowakei im Vergleich von der Mitte des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts

Tatsächliche Laufzeit:

01.12.2001 bis 31.12.2005

Inhalt

1. Allgemeine Angaben:	2
2. Wissenschaftlicher Ergebnisbericht	3
Zusammenfassung	4
Gesamtprojekt.....	5
Teilprojekt: Genossenschaften im Nationalitätenkampf. Osteuropa von 1850 bis 1940 (Torsten Lorenz).....	11
Teilprojekt: Die Auseinandersetzungen um „Fremdkapital“ und ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert (Dagmara Jajeśniak-Quast)	20
Teilprojekt: Regionale Ungleichheit und Wirtschaftspolitik. Ostdeutschland und seine ostmitteleuropäischen Nachbarländer im Vergleich (1867/71-1938/39) (Uwe Müller).....	28
3. Publikationen und Konferenzen	33
Konferenzen.....	33
Publikationen	34
Vorträge	36
4. Kooperationen	37
5. Weiterführende Aktivitäten	37
Konferenzen und Tagungen:.....	37
Publikationen	38
Projekte.....	38
6. Selbsteinschätzung des Gesamtergebnisses	39
7. Anhang	41
Kooperationspartner	41

2. Wissenschaftlicher Ergebnisbericht

Zusammenfassung

Das Ringen um die unabhängige nationale Wirtschaft war in Ostmitteleuropa ein wesentlicher Teil des Kampfes um die eigene Staatlichkeit. Er trat mit der Industrialisierung und Nationsbildung im 19. Jahrhundert hervor, als die in Auflösung begriffenen Ständegesellschaften sich ihrer Entwicklungs- und Wohlfahrtsdistanz zu Westeuropa bewusst wurden. Er diente der Überwindung von Rückständigkeit und der Suche nach alternativen Modernisierungswegen. Der Wirtschaftsnationalismus ist eine Erscheinung langer Dauer. Zur Erklärung entwickelten wir die Hypothese, dass sich eine ostmitteleuropäische Wirtschaftskultur mit nationalistisch geprägten Werthaltungen herausgebildet habe, die durch Institutionen und kulturelles Gedächtnis verstetigt wurde.

Anhand der Genossenschaftsbewegung, die im östlichen Europa eine ungleich stärkere politische Rolle als in ihren Ursprungsregionen spielte, konnte verfolgt werden, wie eine aus dem Westen (Modelle Schulze-Delitzsch, Raiffeisen) transferierte Institution im Feld der ostmitteleuropäischen Wirtschaftskultur verwandelt und zu einer Säule sowohl der Nationalbewegung als auch des Wirtschaftskampfes wurde (Lorenz).

Das kollektive und kulturelle Gedächtnis verstetigte wirtschaftsnationalistische Werthaltungen durch Sprachfiguren wie „nationales Besitztum“ und dessen „Ausverkauf“ durch „Fremdkapital“. Sie wurden verbreitet durch machtvollen Parolen wie „Jeder zu den Seinen“. Nach 1989 erfolgte ein breiter Rückgriff auf die wirtschaftsnationalistische Rhetorik der Zwischenkriegszeit. Das konnte speziell für die Debatte über ausländische Direktinvestitionen nachgewiesen werden (Jajeśniak-Quast).

Ein wichtiges Narrativ des ostmitteleuropäischen Wirtschaftsnationalismus ist die Vernachlässigung und Beraubung der von nationalen Minderheiten besiedelten inneren Peripherien der Großreiche (Habsburgermonarchie, Kaiserreich, Zarenreich). Die vergleichende Untersuchung ergab hingegen, dass in befriedender Absicht eine Umverteilung zugunsten der Peripherien erfolgte, obwohl eine solche Regionalpolitik damaligen wirtschaftspolitischen Grundsätzen nicht entsprach (Müller).

Der Aufbau eines Kooperationsnetzes ostmitteleuropäischer Forscher und westlicher Osteuropahistoriker war die Grundlage des Projekts, der Ländervergleich die entscheidende Methode.

Gesamtprojekt

Grundlagen

In enger Zusammenarbeit mit den Forschern der Länder in der Region, aber auch mit Spezialisten aus west- und nordeuropäischen Ländern und Übersee wurde der Wirtschaftsnationalismus im Ländervergleich untersucht. So hatten die Gutachter des Projektantrags vorgeschlagen zu verfahren. Auf die ursprünglich beabsichtigten Fallstudien zu Polen (Poznań) und der Tschechoslowakei (Liberec) wurde verzichtet. Schwerpunkte des Ländervergleichs bildeten die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien. Das Verfahren erwies sich als fruchtbar und bestätigte die leitende Hypothese der Antragstellung. Die Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert wurde in besonderem Maße von Wirtschaftsnationalismus geprägt. Das Ringen um die unabhängige nationale Wirtschaft war ein wesentlicher Teil des Kampfes um die eigene Staatlichkeit und dauerte auf Grund der Gefährdung staatlicher und wirtschaftlicher Souveränität bis in die jüngste Zeit an. Der Wirtschaftsnationalismus ist also eine Erscheinung langer Dauer in der Region.

Wirtschaftsnationalismus als universelle Erscheinung neuzeitlicher Geschichte hat in der vom Projekt als Ostmitteleuropa definierten Region eine spezifische Ausprägung erfahren. Ostmitteleuropa in diesem Verständnis meint den gesamten zwischen dem Gebiet des Alten Reiches und dem russischen sowie dem osmanischen Einflussbereich gelegenen Raum. Dieser Raum ist verbunden durch nachholende Modernisierung, durch verspätete Nationswerdung und durch gemeinhin als ethnische Durchmischung bezeichnete Koresidenz unterschiedlicher Ethnien mit jeweils besonderer Konfession, wobei ethnische und religiöse Scheidelinien mit sozialen zusammenfielen.

Die ostmitteleuropäische Ausprägung des Wirtschaftsnationalismus fand sich ebenso auch in den Randzonen:

- in den ehemals zum Reich gehörenden Böhmisches Ländern und der nachfolgenden Tschechoslowakei, obwohl deren westlicher Teil seit jeher zu den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern Europas zählte;
- in den baltischen Ländern, die während des Untersuchungszeitraumes überwiegend unter russischer Herrschaft standen;
- in den Balkanländern, die bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert zum Osmanischen Reich gehörten.

Im Verlaufe des Projekts wurde klar, dass die drei genannten Bedingungen – Rückständigkeit, Fremdherrschaft und ethnische Überschichtung – nicht an sich jenen Überschwang des Wirtschaftsnationalismus hervorbringen, den wir im östlichen Europa beobachten. Erst das Aufbrechen der sozialen Trennlinien während der Auflösung der altständischen Gesellschaften und das Zusammenfallen dieser verspäteten Modernisierung mit der ebenfalls verspäteten politischen Nationsbildung führte zu jener aggressiven Mobilisierung in den Wirtschaftskämpfen des beginnenden 20. Jahrhunderts. Zwei jener drei historischen Voraussetzungen reichen offenbar aus, um die wesentlichen Erscheinungsformen des ostmitteleuropäischen Wirtschaftsnationalismus hervorzubringen, die Verspätung ist das wesentliche mobilisierende Moment.

Die ostmitteleuropäischen Völker hatten eine unvollständige Sozialstruktur, sie waren aristokratisch dominierte Bauerngesellschaften. Oftmals, wie bei den baltischen Völkern, in Litauen, Weißrussland, der Ukraine, der Slowakei und Transsilvanien, war auch die Herrenschaft fremdethnisch. Ihnen fehlte vor allem ein indigenes Bürgertum. Die Städte waren die Domäne fremder Ethnien, vor allem der Juden und der Deutschen. Während also der ethnische Gegensatz zwischen Bauern und Herren ein jeweils national besonderer ist, ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land im Wesentlichen derselbe in der ganzen Region, er prägt den antideutschen und antisemitischen Charakter des ostmitteleuropäischen Wirtschaftsnationalismus. Der Wirtschaftsantisemitismus ist innerhalb des Projekts durch eine Dissertation zu Ostpolen (Cornelius Gröschel) und durch eine Studie über Ungarn (Ágnes Pogány) bearbeitet worden. Beide Fälle weisen erhebliche Unterschiede auf, der polnische Antisemitismus war offensichtlich weit aggressiver als der ungarische, der bis zum Vertrag von Trianon hinter einer integrierenden Magyarisierung zurücktrat.

Ostmitteleuropäische Wirtschaftskultur

Der Wirtschaftsnationalismus war Teil des Modernisierungsprozesses der Region. Er trat mit der Industrialisierung und Nationsbildung im 19. Jahrhundert hervor, als die in Auflösung befindlichen Ständegesellschaften sich ihrer Entwicklungs- und Wohlfahrtsdistanz zu Westeuropa bewusst wurden. Es schälte sich immer stärker heraus, dass der Wirtschaftsnationalismus „holistisch“ (Szlajfer) – also ganzheitlich – war. In sofern ließ sich auch die im Antrag ausgesprochene Absicht nicht realisieren, sich mit dem Feld des inneren Wirtschaftsnationalismus im Unterschied zum äußeren Protektionismus zu befassen. Zur Erklärung entwickelten wir die Hypothese von Wirtschaftsnationalismus als einer ostmitteleuropäischen Wirtschaftskultur. Im Unterschied zu andern Autoren (Helleiner/Pickel, 2005) fassen wir Wirtschaftskultur nicht national. Diese nationalistische Wirtschaftskultur ist übernational in Ostmitteleuropa verbreitet wie der westeuropäische Sozialstaat oder der angelsächsische Kapitalismus. (Zweynert, 2002; Abelshauser, 2003).

Analog zum Begriff der politischen Kultur verstehen wir Wirtschaftskultur als die Gesamtheit der kognitiven, affektiven und evaluativen Orientierungen, also als Werthaltungen, Mentalitäten und Einstellungen zu wirtschaftlichen Strukturen. Diese normativen Orientierungen stehen in einem Wechselverhältnis mit der politischen, der geistigen und religiösen Kultur. Sie haben sich wie diese in einem historischen Prozess auf einander aufbauenden Lernens herausgebildet und verstetigt.

Es ist wichtig, dass sich „Lernen“ hier sowohl auf Institutionen als auch auf die Ausbildung des kollektiven und kulturellen Gedächtnisses bezieht. Das Lernen der Institutionen ist zentral. Bei dieser Problematik bestätigte sich großartig die Wahl der Genossenschaften als Teilprojekt. Anhand dieser Institution kann verfolgt werden, wie eine aus dem Westen (Modelle Schulze-Delitzsch, Raiffeisen) transferierte Institution im Feld der ostmitteleuropäischen Wirtschaftskultur verwandelt und zu einer Säule sowohl der Nationalbewegung als auch des Wirtschaftskampfes wird. Die Genossenschaftsbewegung spielt im östlichen Europa eine ungleich stärker politische Rolle als in ihren Ursprungsregionen. Unter dem Einfluss des Agrarismus entwickelte sich die Genossenschaftsbewegung zur tragenden Institution alternativer Modernisierungsstrategien.

Das kollektive und kulturelle Gedächtnis verstetigte wirtschaftsnationalistische Werthaltungen in großen Erzählungen vom Raub nationalen Reichtums durch fremde

Herrscher, von der Übervorteilung durch missgünstige fremdethnische Nachbarn, von der kolonialen Ausbeutung im Rahmen der Großreiche, von der eigenen Wirtschaftsblüte in selbstbestimmter Vorzeit und von künftigem Wohlstand auf eigenem Grund. Diese Werthaltungen verankern sich im kollektiven Gedächtnis durch Sprachfiguren wie „nationales Besitztum“ und dessen „Ausverkauf“ durch „Fremdkapital“. Sie wurden verbreitet durch machtvolle Parolen wie „Jeder zu den Seinen“. Der ostmitteleuropäische Wirtschaftsnationalismus gründet sich wie der Nationalismus generell auf ein essentielles, ethnisches Nationsverständnis.

Diese normativen Überzeugungen und Weltdeutungsmuster bestimmen das Wirtschaftshandeln und erlangen eine beachtliche Unabhängigkeit von Wirtschaftsordnungen. Sie sind daher von relativ langer Dauer über Transformationen hinweg, aber keineswegs unwandelbar. Während die Kontinuität im Übergang von der Nationalbewegung zur eigenen Staatlichkeit und im Prozess der Industrialisierung inzwischen allgemein anerkannt und im Laufe des Projekts auch gut erforscht ist, muss die Kontinuität im Übergang zum Kommunismus und Postkommunismus noch näher untersucht werden. Unzweifelhaft ist der Wirtschaftsnationalismus in der Region nicht erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder hervorgetreten. Er hat offensichtlich auch das Handeln der kommunistischen Machteliten wesentlich bestimmt, wie Untersuchungen zu Polen, zu jugoslawischen Teilrepubliken und zu Litauen in der sowjetischen Zeit zeigen. Zweifellos haben sich jedoch die Institutionen gewandelt, das Genossenschaftswesen etwa ist aller demokratischen Inhalte beraubt worden. Und auch die Sprache und die Erzählungen, die das kulturelle Gedächtnis prägten, gerieten in den Sog der Propaganda. Obwohl die „bürgerliche Traditionen“ der Zwischenkriegszeit in allen Ostblock-Staaten in negativem Licht gezeichnet wurden, erfolgte nach 1989 ein breiter Rückgriff auf die wirtschaftsnationalistische Rhetorik und die Narrative der Zwischenkriegszeit. Das konnte speziell für die Debatte über ausländische Direktinvestitionen nachgewiesen werden (Jajeśniak-Quast).

Die normativen Prägungen des Wirtschaftsnationalismus waren unabhängig von wirtschaftlichen Lagen und Zweck-Mittel-Erwägungen. Dies bleibt festzuhalten, weil im Verlaufe des Projekts in keiner Weise zu entscheiden oder zu erhärten war, ob der Wirtschaftsnationalismus das Wirtschaftswachstum der Region begünstigt oder beschädigt hätte. Die Auffassungen der Forscher sind tief gespalten (Kofman – Berend) und ihrerseits stark von Werthaltungen geprägt. Festzuhalten bleibt, dass die Völker der Region bisher keine historischen Erfahrungen gemacht haben, die ein

Vergessen der bisherigen normativen Prägungen und das Lernen neuer begünstigen könnten. Dies gilt für die Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, als die Tschechoslowakei als das einzige noch demokratisch verfasste Land der Region mit liberaler Wirtschaftsordnung sich weit unterdurchschnittlich erholte. Auch die Liberalisierung der Wirtschaften im Systemwechsel der 90er Jahre ist für die breite Masse der Transformationsverlierer keine positive Lektion. Dies bleibt die Aufgabe der Zukunft, einer Erfolgsgeschichte der Osterweiterung der Europäischen Union.

Andererseits ergab sich im Verlaufe des Projekts, dass sowohl die Politik wie auch das Handeln des einzelnen Wirtschaftssubjektes durchaus nicht blind von nationalistischen Werthaltungen geleitet war. Die Wirtschaftspolitik warb gleichzeitig mit der Behinderung einheimischen „Fremdkapitals“ um Kredite und Direktinvestitionen des befreundeten Auslands. Und die Konsumenten versuchten sich den Boykottaktionen zu entziehen, wo sie allzu sehr einschränkten. Die Untersuchungen ausländischer und fremdethnischer Unternehmertätigkeit in verschiedenen Ländern der Region und in unterschiedlichen Epochen waren sehr erhellend für solchen Pragmatismus (Jajeśniak-Quast). Sie offenbaren gerade im kulturellen, in den Werthaltungen, ein außerordentlich hohes Maß an Kontinuität zur Zwischenkriegszeit. Sie erhellen die sehr ambivalente Wirkung solcher Aktivitäten und Investitionen auf die Wirtschaft des Ziellandes.

Alternative Modernisierungsstrategie

Der ostmitteleuropäische Wirtschaftsnationalismus ist janusköpfig. Er ist zum einen nationalistische Wirtschaftskultur, einem essentiellen, integralen Nationalismus verpflichtet. Zum andern ist er Entwicklungsstrategie. Die Überwindung der Rückständigkeit gegenüber dem als Norm und Ziel erlebten industriellen Westen des Kontinents wird wesentlicher Inhalt. So wie sich die verschiedenen Ethnien angehörenden Bauern, Händler und Herren sich ihrer sozialen Ungleichheit als nationale Ungerechtigkeit erst bewusst wurden, als die Industrialisierung sie zu Konkurrenten auf demselben Markt machte, so erwachte das Bewusstsein der Rückständigkeit gegenüber dem Westen auch erst mit der intensiven Berührung im Zeitalter der Aufklärung und des Liberalismus. Mit der Übernahme der westlichen Theorien kam auch deren Kritik. Der ostmitteleuropäische Wirtschaftsnationalismus ist genuin antiwestlich. Auch insofern handelt es sich nicht um nationale Wirtschaftskulturen, sondern um eine regionale, supranationale kulturelle Prägung.

In Ostmitteleuropa fiel die Nationalökonomie von Friedrich List auf fruchtbaren Boden und wurde von den rumänischen Strukturalisten weiterentwickelt – herausragend unter diesen Mihail Manoilescu, der auch die lateinamerikanische Dependencia beeinflusste. Die Nähe zwischen Wirtschaftsnationalismus und Dependenztheorien war ein Schwerpunkt in der theoretischen Debatte innerhalb des Projekts. Hier liegen auch die Verbindungslinien zur Entwicklungsökonomie. Dieser Komplex ist keineswegs erschöpfend behandelt. Ergebnis ist auf jeden Fall, dass eine einseitig negative Konfrontation des Wirtschaftsnationalismus mit dem ökonomischen Liberalismus und Neoliberalismus keinen Bestand hat. Gerade auch im Lichte der aktuellen Globalisierungsdebatte wird sich die Ansicht nicht aufrecht erhalten lassen, dass der Wirtschaftsnationalismus eine rückwärts gewandte, der liberalen Tendenz der Zeit sich entgegenstimmende Werthaltung sei. Der Wirtschaftsnationalismus erscheint hingegen als notwendige Kehrseite jener als Globalisierung gekennzeichneten Ausweitung von Handel und Wirtschaftstätigkeit.

Wirtschaftsnationalismus als Entwicklungstheorie zielte allerdings keinesfalls überall und überwiegend auf nachholende Entwicklung auf westlichen Entwicklungspfaden. Der Industrialismus Friedrich Listscher Prägung war nicht die einzige Variante. Eine mächtige Strömung kritisierte diesen Weg und das Modell und strebte nach alternativer Modernisierung. Sie verfocht einen Agrarismus, der wesentlich durch den von Osten kommenden russischen Populismus befruchtet war. Diese Variante ostmitteleuropäischer Entwicklungskonzepte zielte auf eine bäuerliche Genossenschaftsdemokratie. Der Kollektivismus und das Streben nach sozialer Gleichheit, die den ostmitteleuropäischen Wirtschaftsnationalismus generell im Gegensatz zum westlichen liberalen Modell charakterisieren, sind in diesem Gesellschaftsentwurf auf die Spitze getrieben.

Die Gründe waren strukturell. Der ostmitteleuropäische Wirtschaftsnationalismus gründete auf Defizite der Sozialstruktur, die auf die verzögerte Modernisierung aufgesetzt waren und diese verschärften. Die ostmitteleuropäische Wirtschaftskultur enthält daher eine besondere Wertschätzung bäuerlicher Kultur und Lebensweise als Quelle nationaler Identität. Die Stadtferne der traditionellen Adels- und Bauernkultur wird im extremen Agrarismus des östlichen Balkans und der ruthenischen Gebiete zur Stadtfeindlichkeit. Die Ausprägung dieses Agrarismus folgt sichtlich dem westöstlichen Gefälle von Industrialisierung und Modernisierung. Im westlichen Polen gelingt offenbar gerade durch eine spezielle Spielart des Wirtschaftsnationalismus – die

„organische Arbeit“ – die Entwicklung einer indigenen bürgerlichen Schicht, die nach der Staatsgründung die Stadtkultur der ehemals preußischen Provinzen relativ bruchlos fortführt (Lorenz, 2005).

Innerhalb der Forschungen zur regionalen Politik konnte die interessante Einsicht gewonnen werden, dass wirtschaftsnationalistische Entwicklungskonzepte gerade gegenüber den inneren Peripherien in Ostmitteleuropa eine merkwürdige Karriere machten. Eben weil diese inneren Peripherien von nationalen Minderheiten besiedelt waren, schärfte sich der Blick der Herrschenden und der Beherrschten für deren Randlage und Rückständigkeit. Uwe Müller kommt zu dem Schluss, dass dies - in befriedender Absicht - eine Umverteilung von den Zentren in die Peripherien bewirkt hat, die andernfalls kaum zustande gekommen wäre und auch nicht den allgemeinen Maximen zeitgenössischer Wirtschaftspolitik entsprach. Dies scheint sowohl für die alten Imperien zu gelten als auch für die jungen Staaten der Zwischenkriegszeit.

Teilprojekt: Genossenschaften im Nationalitätenkampf. Osteuropa von 1850 bis 1940 (Torsten Lorenz)

Ergebnisse

Seit ihren Ursprüngen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Genossenschaftsidee in **West- und Mitteleuropa** zu einer ideellen Strömung, die Denken und Handeln zahlloser Intellektueller, Praktiker und „kleiner Leute“ prägte. Sie setzten die Genossenschaftsidee seit den 1840er in die Tat um und formten sie aus bescheidenen Anfängen zu einer mächtigen Bewegung, die im Zeitalter der bürgerlich-kapitalistischen Transformation nicht nur Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden und der wachsenden Gruppe proletarischer Konsumenten Marktchancen eröffnete, sondern einen entschieden gesellschaftsverändernden Anspruch erhob. Aus lokalen Initiativen „von unten“ erwachsen, bildete die Genossenschaftsbewegung zunächst auf regionaler, dann auf nationaler Ebene Verbände aus und war seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der privatwirtschaftlichen Unternehmen auf gleicher Augenhöhe gegenübertreten konnte. Triebkraft der genossenschaftlichen Entwicklung in West- und Mitteleuropa waren zunächst soziale, dann wirtschaftliche Motive; der Nationalismus – obgleich ein zentrales Element der politischen Kultur – spielte keine bedeutendere Rolle.

In **Osteuropa** war die Bedeutung des Nationalismus für das Genossenschaftswesen ein ganz anderer: Die Stärke der Nation war zentrales Motiv für die Entfaltung der Selbsthilfebewegung unter den nationalen Minderheiten der Region, erfasste jedoch auch die Titularvölker. An der Wurzel dieses Strebens nach dem Aufbau eines Systems ethnisch homogener, selbstbestimmter Institutionen lagen die gemischtethnischen Siedlungsverhältnisse und die ineinander greifenden wirtschaftlichen und sozialen Konfliktpotentiale, die hierauf aufbauten und die Region seit der frühen Neuzeit kennzeichneten. Unter dem Einfluss romantischer Ideen bildete sich das Bewusstsein einer doppelten, ökonomischen wie nationalen Rückständigkeit und die Erfahrung einer politischen und ökonomischen „Fremdherrschaft“ aus; hierdurch gewann der Nationalismus an Dynamik und ließ sich breiten Volksmassen vermitteln. So wie der osteuropäische Nationalismus politische Ideologien brach und an die spezifischen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse anpasste, so wurde auch die Genossenschaftsidee national adaptiert und in eine mit völkischen Elementen angereicherte Idee der Tat transformiert. Die genossenschaftliche Selbsthilfebewegung machte konkrete Angebote für die Lösung alltäglicher wirtschaftlicher Probleme und wurde in der Hand der Intelligenz zum Transportmittel des Nationalismus in die ländliche Gesellschaft und die proletarischen Bevölkerungsschichten, zum Instrument der Massenmobilisierung und schließlich zur politischen Bewegung.

Nationale und genossenschaftliche Bewegung entwickelten sich seit den ersten Genossenschaftsgründungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst unabhängig voneinander, bildeten aber in der politischen Phase der Nationalbewegung ein symbiotisches Verhältnis aus. Wegen der gleichzeitigen Entwicklung beider Bewegungen und der Schlüsselrolle der Intelligenz im Phasenmodell Miroslav Hrochs und in der Realgeschichte des osteuropäischen Genossenschaftswesens lässt sich analog ein **Phasenmodell der genossenschaftlichen Entwicklung im Zeitalter des Nationalismus** formulieren; im Unterschied zu Hroch kann eine vierte Phase definiert werden, da mit der Massenmobilisierung am Vorabend des Ersten Weltkriegs keineswegs ein Endpunkt erreicht war, sondern sich die Rolle der Genossenschaften in der Zwischenkriegszeit angesichts von Staatsinterventionismus und autoritären Trends politischer Herrschaft, neuen politischen Strömungen und nicht zuletzt fortgesetztem Wachstum des genossenschaftlichen Sektors erheblich veränderte.

Phase A stellt eine „Protophase“ der Entwicklung dar, in der die Genossenschaften noch nicht zur Bewegung angewachsen waren. Sie begann in den westlicher gele-

genen Gebieten Ostmitteleuropas wie Böhmen, Großpolen und Slowenien in den 1850er/1860er Jahren, in den übrigen Regionen – wegen des Rückstands bei der Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse – später. In dieser Zeit entstanden aus lokalen Initiativen von Gewerbetreibenden, Adel und Intelligenz noch weitgehend unkoordiniert einzelne genossenschaftliche Vereine (meist Kreditgenossenschaften), deren Mitgliedschaft ein berufsständisch-soziales, aber kein nationales Prinzip widerspiegelte. Wie die Fälle von Böhmen und Slowenien zeigen, erfolgten die Genossenschaftsgründungen jedoch bereits in dieser frühen Phase zum Teil aus einem nationalemanzipatorischen Impuls heraus, der den Eintritt in ein neues Stadium ankündigte.

In **Phase B**, der „Agitations-“ oder „Inkubationsphase“, übernahm die Intelligenz (in Böhmen auch das aufsteigende, national gesinnte Bürgertum) die Rolle als Träger und Organisator des Genossenschaftswesens und verbreitete systematisch dessen Ideen als Vehikel wirtschaftlicher Modernisierung und nationaler Emanzipation unter der meist ländlichen Bevölkerung Osteuropas; sie formte das Genossenschaftswesen damit zu einer Bewegung. Seitdem stieg die Zahl der Genossenschaftsgründungen beträchtlich an, und ähnlich wie in Westeuropa entstanden erste Zentralverbände und -kassen. Während die Konzentration dort jedoch vorwiegend wirtschaftliche Gründe hatte (Kreditausgleich, Errichtung von Handelsnetzen usw.), so standen in Osteuropa wirtschaftsnationalistische Motive im Vordergrund. Wie in Böhmen bei der Gründung der „Živnostenská banka“ (Gewerbebank) 1868/69 oder in Großpolen bei der Errichtung des polnischen „Związek spółek zarobkowych i gospodarskich“ (Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) 1871, diente die Verbandsbildung in erster Linie der Konsolidierung des im Entstehen begriffenen Systems nationaler Wirtschaftsinstitutionen. Das in seinen Ursprüngen sozial organisierte, nationsübergreifende Genossenschaftswesen wurde damit zu einem nach nationalen Prinzipien organisierten, klassenübergreifenden Phänomen (ethnische Homogenität der Mitgliedschaft, Zugehörigkeit zu national definierten Genossenschaftsverbänden) transformiert. Zwar trieben die nationalen Gegensätze nun das Wachstum des genossenschaftlichen Sektors an, doch standen endogene wie exogene Faktoren einer rascheren Expansion im Wege: Marktwirtschaftliche Verhältnisse stellten sich erst langsam ein, da die Kapitaldecke meist gering und das Bildungswesen nicht hinreichend entwickelt waren; unternehmerische Fehlentscheidungen und Misswirtschaft waren daher an der Tagesordnung. Im Zusammenspiel mit der lang andauernden

wirtschaftlichen Depression der 1870er bis 1890er Jahre trieben sie zahlreiche Genossenschaften in den Ruin.

Während die genossenschaftliche Entwicklung in Südosteuropa und Russland erst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in Phase B eintrat, beschleunigte sie sich in Ostmitteleuropa seit den 1890er Jahren beträchtlich und ging in **Phase C**, die „politische“ oder „Massenphase“ über. Genossenschaften wurden in dieser Schlüsselphase zum Massenphänomen, das breite Schichten der ländlichen Bevölkerung, in den industriellen Zentren aber auch das Industrieproletariat erfasste und politisch mobilisierte. Gestützt auf diese Massenbasis, wurde das Genossenschaftswesen zu einer dezidiert politischen Bewegung, die in einer engen Symbiose mit den Nationalbewegungen der Minderheiten verbunden war. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem zwei Entwicklungen: Zum einen wurde das Genossenschaftsmodell Friedrich Wilhelm Raiffeisens breit rezipiert. Durch seinen lokalen Charakter (der Geschäftsbe- reich einer Genossenschaft war auf ein Kirchspiel, und damit auf einen überschaubaren Rahmen begrenzt), seine Multifunktionalität (die Raiffeisengenossenschaft war meist Kredit- und landwirtschaftliche Bedarfsgenossenschaft in einem) sowie seine geringen Anforderungen an eine fachspezifische Ausbildung war es den Bedingungen in Osteuropa besser angepasst als etwa das Modell von Schulze-Delitzsch. So brachten einige Völker Osteuropas am Ende des 19. Jahrhunderts „ihren Raiffeisen“ hervor, der das Modell an die jeweiligen Rahmenbedingungen anpasste. Zum anderen war es die katholische Soziallehre, insbesondere die 1891 verkündete Sozialenzyklika „Rerum novarum“, die zur Verbreitung des Genossenschaftsmodells unter den katholischen Völkern Ostmitteleuropas (Polen, Slowenen, Tschechen) beitrug. In der Sozialenzyklika wurden die katholischen Priester angesichts der Verwerfungen bei der Entstehung der modernen Industriegesellschaft zu sozialem Engagement aufgerufen. In den ländlichen Gegenden der Region bedeutete dies, dass sich nun viele katholische Priester in der Genossenschaftsbewegung zu engagieren begannen und in ihren Pfarreien Raiffeisen-Genossenschaften gründeten. Durch ihre gleichzeitige Betätigung in den Institutionen des „kulturellen“ Instanzenzugs der Nationalbewegungen (Lesegesellschaften, kulturelle und gesellige Vereine) wurden die Pfarrer neben Lehrern, Freiberuflern und anderen Angehörigen der Intelligenz außerdem zum Bindeglied zwischen den kulturellen und den wirtschaftlichen Säulen der nationalen Bewegungen vor allem bei Polen, Slowenen und Tschechen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war in diesem Zusammenhang auch die **Genossenschaftspropaganda**, die seit den 1890er Jahren die allgemeine Radikalisierung mit vollzog und unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung die genossenschaftliche Arbeit zu einem Weg nicht nur aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit, sondern auch zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit erhob. Programmatische Schriften wie die Arbeiten des polnischen Genossenschaftstheoretikers Edward Abramowski verbreiteten sich rasch über das dichte Netz der Genossenschaften, begründeten Öffentlichkeit sowie einen nationalistischen Diskurs über Genossenschaften und beeinflussten nicht nur Denken und Handeln der lokalen Aktivisten, sondern auch der einfachen Mitglieder. Grundelement aller Entwürfe war die Ausschaltung des Zwischenhandels, der von den Genossenschaftsdenkern als überflüssig, ja schädlich betrachtet wurde, weil er auf Kosten der Kleinproduzenten und der Konsumenten Gewinne mache. Diese Argumentation operierte in einem breiten Feld von Konnotationen, war doch der Handel in der Vorstellung breiter Schichten unehrlich, ausbeuterisch und mit dem Judentum assoziiert – so wurde Antisemitismus zu einem impliziten, doch bedeutenden Element genossenschaftlicher Theorie und Praxis. Alternativ zur Beseitigung des Zwischenhandels wurde oft dessen Nostrifikation propagiert; sie war Kern der Idee einer „nationalen Akkumulation“, der zufolge Gewinne aus der genossenschaftlichen Nostrifizierung der Wirtschaftssektoren akkumuliert und der Nation zugute kommen sollten.

Somit wurden die Genossenschaften im Zusammenspiel von wirtschaftsnationalistischer Programmatik und alltäglicher Praxis vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur zum integralen Bestandteil der Nationalbewegungen bei den Minderheiten Osteuropas, sondern zur autonomen Massenbewegung, die wirtschaftliche und eminent politische Ziele vertrat. Sie wurden zugleich zum Vehikel der Verlagerung des Nationalismus von den kulturellen in die wirtschaftlichen Organisationen und des Übergangs von der „kulturellen“ zur „wirtschaftlichen“ Phase der Nationalbewegungen.

Mit den Staatsgründungen in Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg vollzogen Mehrheiten und Minderheiten in zahlreichen Ländern Osteuropas einen Rollentausch, der den Beginn von **Phase D** („Phase fortschreitender Mobilisierung“) markiert. Die Genossenschaften der ehemaligen Staatsnationen wurden zu solchen der nationalen Minderheiten und umgekehrt. Das Genossenschaftswesen der neuen Minderheiten übernahm in vielen Fällen die Rolle des wirtschaftlichen Rückgrats dieser Gruppen, während das der neuen Staatsnationen diese Funktion weitgehend einbüßte, da ih-

nen in Form staatlicher Wirtschaftspolitik andere Instrumente zur Verfügung standen. Dennoch blieb die Bedeutung des Genossenschaftswesens für sie, wie der Fall Polens zeigt, vor allem in der Propaganda hoch: Weil die Staatsgründung nach Ansicht einiger führender Genossenschafter die Fremdherrschaft in einigen von den Juden dominierten Wirtschaftszweigen (Handel, Handwerk) nicht beendet hatte, propagierten sie die Vergenossenschaftung als Mittel, binnenwirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Die Gründe für das weiterhin rapide Wachstum des genossenschaftlichen Sektors lagen jedoch eher in den Reformen der Nachkriegszeit und der staatlichen Förderung. So spielten die Genossenschaften eine zentrale Rolle bei den Bodenreformen, die sich oft gegen den als „fremd“ apostrophierten Grundbesitzeradel richteten, indem sie z.B. in der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten zur Überführung von dessen Landbesitz in die Hände der „einheimischen“ Bauern beitrugen. Außerdem schufen die Landreformen einen steigenden Kreditbedarf und erweiterten in einigen Ländern (baltische Staaten, Tschechoslowakei) die Schicht der Klein- und Mittelbauern, die für ihre betrieblichen Zwecke vorzugsweise auf die Angebote der Genossenschaften zurückgriffen. Da die Bauern zumeist bäuerliche Parteien wählten und diese Parteien eng mit dem Genossenschaftswesen verschränkt waren (personale Identität auf allen Ebenen, parteinahe Genossenschaften und Verbände), gerieten die Genossenschaften dort, wo Bauernparteien mitregierten, in eine staatsnahe, z.T. staatstragende Rolle (Baltikum, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, aber auch Polen, wo die Bauernparteien seit 1926 zwar in Opposition zum Regime standen, ihr Einfluss im Genossenschaftswesen aber sukzessive zurückgedrängt wurde). Staatliche Subventionen nahmen den Genossenschaften nun einen beträchtlichen Teil des Marktrisikos ab und nahmen es vor privater Konkurrenz in Schutz, die zuvor bereits die Ökonomisierung und Professionalisierung im genossenschaftlichen Sektor angetrieben hatte. Von der staatlichen Förderung war es schließlich nur ein kleiner Schritt bis zur Unterordnung der Genossenschaften unter die staatliche Wirtschaftspolitik.

Diese Unterordnung war Folge der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, in der die Regierungen der osteuropäischen Länder eine weitgehende Kontrolle und Lenkung des Außenhandels errichteten. Angesichts der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf Drängen der Regierungen willigten die Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Ungarn, Bulgarien und den baltischen Staaten ein, den Löwenanteil ihrer Produktion an Agenturen zu verkaufen, die mit

einem Handelsmonopol ausgestattet und weitgehend in staatlichem Besitz waren. Sie erhielten nun höhere staatliche Subventionen, mussten jedoch im Gegenzug eine Ausweitung des staatlichen Eingriffs in ihre Belange akzeptieren.

Aber auch aus herrschaftspolitischen Gründen gerieten die Genossenschaften seit dem Ende der 1920er Jahre verstärkt ins Visier der Politik. Die Ideologen der anti-demokratischen Regime „entdeckten“ die Genossenschaften als Vermittler autoritärer Herrschaftsformen, die sich in Osteuropa seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre durchzusetzen begannen. Den Entwürfen zufolge eigneten sich die Genossenschaften auf Grund ihrer Massenbasis in der Gesellschaft zu deren korporatistischer, neo-ständischer Umgestaltung und zur Verankerung der autoritären Herrschaft in den Volksmassen. Während solche Konzepte in Polen bloße Ideen blieben, ging der griechische Diktator Metaxas während seiner Herrschaft 1936-1940 an die Realisierung vergleichbarer Entwürfe, scheiterte jedoch.

Schlussthese: Die Forschungen haben gezeigt, dass zwischen dem Grad der Rückständigkeit und der Radikalität der genossenschaftlichen Utopie ein Zusammenhang bestand. Je rückständiger die ökonomischen Verhältnisse in einem Land waren, umso weiter stand die Utopie „links“ und umso mehr strebte die genossenschaftliche Utopie nach einer Veränderung der Gesellschaft an sich. In Ländern wie Russland, Rumänien, Bulgarien, aber auch in Kongresspolen und der Westukraine boten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs keinen geeigneten Nährboden für eine nachhaltige Verwurzelung der Genossenschaftsbewegung. Sie blieb über Jahrzehnte eine mächtige Idee, aber doch vor allem eine Idee und trug erst zwischen den Weltkriegen Früchte. Demgegenüber zeigen die Fälle Böhmen, Großpolen, Slowenien und Siebenbürgen, dass die Genossenschaften in den Regionen, wo sich marktwirtschaftliche Verhältnisse rascher einstellten, eine praktisch gelebte Utopie waren, die den wirtschaftlichen Alltag der „kleinen Leute“ prägte.

Perspektiven

Durch das abgeschlossene Projekt ist das Thema „Genossenschaften in Osteuropa“ keineswegs erschöpft. Vielmehr gibt es noch verschiedene Themenkreise, Felder und Fragen, die in einem neuen Rahmen untersucht werden sollten, den die Begriffe „Wirtschaftskultur“ und „Agrarismus“ abstecken sollten. Der Forscher kann sich dabei

auf eine Vielzahl an archivalischen und gedruckten Quellen sowie faktographisch zuverlässiger Arbeiten aus der Feder osteuropäischer Historiker stützen. Zu den Desiderata gehören die folgenden Aspekte:

Genossenschaften, „dritter Weg“ und korporatistische Utopien: Während die Frage nach der Rolle des Genossenschaftswesens im Rahmen der nationalen Bewegungen durch die bisherigen Arbeiten als gut erforscht gelten kann, stellten sich neue Fragen im Hinblick auf die Fortdauer kollektivistischer Wirtschaftseinstellungen und die Rolle der Genossenschaften in Entwürfen und Realisierung von Gesellschaftsutopien autoritär-korporatistischen Zuschnitts.

Die Entwicklung der Marktwirtschaft in Westeuropa im 19. Jahrhundert gab Anlass zu der Vermutung, dass sich mit fortschreitender Modernisierung auch in Osteuropa Formen kollektiven Wirtschaftens, die in vormodernen Institutionen wurzelten, auflösen und durch individualistische Einstellungen abgelöst werden würden. Wie die bisherigen Forschungen gezeigt haben, blieben jedoch vor allem in den Ländern mit Brüchen in der Modernisierung kollektivistische Ideen und Einstellungen nicht nur präsent, sie wurden vielmehr oft zum Eckstein utopischer – vorwiegend agraristischer – Gesellschaftsentwürfe. Mit der Hinwendung zu autoritären Lösungen insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise mündeten kollektivistische Ideen in korporative Modelle einer „organischen“ Neuordnung der Gesellschaft.

Genossenschaften übernahmen in solchen gesamtgesellschaftlichen Utopien nicht einfach hilfswirtschaftliche Funktionen gegenüber den Mitgliedsbetrieben, wie sie in den westeuropäischen Modellen vorgesehen waren. Sie wurden vielmehr zu *der* Wirtschaftsform agraristischer und korporatistischer Gesellschaftsutopien, die einen „dritten Weg“ zwischen dem mit Ausbeutung durch „fremde“ Wirtschaftseliten assoziierten Kapitalismus und dem mit Enteignung verbundenen Sozialismus gehen wollten. Eine Erkenntnis leitende Hypothese könnte sein, dass in den Ländern, in denen kollektivistische Wirtschaftsinstitutionen in der Geschichte einen höheren Stellenwert besaßen, das Eintreten einer Modernisierungsblockade wahrscheinlicher war und den Genossenschaften eine größere Bedeutung bei der korporativen Umgestaltung der Gesellschaft zufiel.

Zentral ist die Frage nach der Rolle der Genossenschaften in Programm und Realität des osteuropäischen Agrarismus. Waren sie eigenständiger Akteur in dem Sinne, dass sie einen Umbau der Gesellschaft „von unten“ betrieben, oder waren sie bloßes

Werkzeug in der Hand zunehmend autoritär regierender Machthaber? Inwieweit dominierten in ihnen kollektivistische oder individualistische Muster, wovon hing deren Auftreten ab?

Bei der Suche nach den Ursachen für die unterschiedliche Ausprägung und Realisierung kollektivistischer bzw. individualistischer Einstellungen wird man in die Wirtschaftsgeschichte der einzelnen Länder im 19. Jahrhundert zurückgehen müssen, um die unterschiedlichen institutionellen und sozialstrukturellen Voraussetzungen sowie die Entwicklung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in einem Vergleichsraster anordnen und in Beziehung zur realen Entwicklung setzen zu können.

Parteiprogramme, programmatische Schriften der Genossenschaftsverbände und ihrer führenden Aktivisten, Publizistik und die Aktenüberlieferung von Behörden und Genossenschaftsverbänden in den nationalen Archiven sowie schließlich die gute Literaturlage in den osteuropäischen Sprachen bieten eine breite Materialbasis für die skizzierte Untersuchung, die sowohl eine programmatische als auch eine realgeschichtliche Untersuchungsebene haben sollte.

Genossenschaften und nationale Umverteilung: Seit den 1890er Jahren entwickelten sich die Genossenschaften zum wichtigsten Instrument im beginnenden „Kampf um den Boden“ zwischen herrschenden Völkern und nationalen Minderheiten. Während in Siebenbürgen sächsische Kreditinstitute den Kauf von Immobilien mit „nationaler Bedeutung“ finanzierten und deutsch-völkische Siedlungsprojekte entwarfen, entstanden in Böhmen und der preußischen Provinz Posen spezielle, genossenschaftlich organisierte Kampfinstitute, die Boden adliger Güter parzellierten und ihn in die Hände von Landwirten der eigenen Nationalität überführten. Die Tätigkeit der Institute erfolgte in einer aufgeheizten Stimmung und wurde von heftigen öffentlichen Debatten begleitet. Auch nach der Neuordnung Osteuropas in Folge des Ersten Weltkriegs blieb die Bedeutung der Genossenschaften im Bodenkampf groß: So besaßen Kreditgenossenschaften in der Tschechoslowakei eine wichtige Bedeutung bei der Überführung deutschen Bodens in die Hände tschechischer Bauern, während z.B. im westlichen Polen deutsche Institute gezielt Erhalt und Erweiterung des Immobilienbesitzes der deutschen Minderheit förderten. Es ist Länder vergleichend nach der Rolle von Genossenschaften in der nationalen Umverteilung von Boden zu fragen, indem a) die zeitgenössischen Debatten über Siedlungspolitik und Bodenparzellierung und b) die tatsächliche Rolle von Kreditgenossenschaften und

Kampfinstituten anhand ihrer Geschäftspolitik untersucht. Presse, Publizistik, statistische Materialien sowie die Überlieferung der nationalen Archive bilden eine breite Grundlage für Forschungen.

Teilprojekt: Die Auseinandersetzungen um „Fremdkapital“ und ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert (Dagmara Jajeśniak-Quast)

Gegenstand

Die ostmitteleuropäischen Länder sind im Vergleich zum Westen Europas trotz aller Entwicklungsfortschritte der letzten Jahre durch wirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet. Eine wesentliche Ursache dafür ist die schwache inländische Kapitalausstattung bzw. der Mangel an Investitionen zur Modernisierung des Kapitalstocks. Die bestehenden Entwicklungsunterschiede zeigen sich jedoch nicht erst in jüngster Zeit, sondern waren bereits kennzeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung Europas vor dem Zweiten Weltkrieg. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der ausländischen Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa in einer zeitlich übergreifenden Perspektive hat gezeigt, dass seit der Entstehung bzw. Wiederentstehung der Nationalstaaten nach dem Ersten Weltkrieg bis heute die ostmitteleuropäischen Länder auf ausländische Direktinvestitionen zur technologischen und organisatorischen Modernisierung ihres Industrie- und Dienstleistungssektors, aber sogar auch des schrumpfenden landwirtschaftlichen Sektors angewiesen sind. Trotz dieser Notwendigkeit begleitet die ostmitteleuropäischen Länder damals wie heute eine gewisse Ablehnung bzw. ein Vorbehalt gegenüber dem Auslandskapital. Die kontrovers diskutierte Möglichkeit des Kaufes von Grund und Boden durch Ausländer stellte sich dabei nur als Spitze eines Eisbergs heraus.

Ambivalenzen

Besonders während der Zwischenkriegszeit wurde die große Bedeutung des ausländischen Kapitals seitens der Politik und der staatlichen Administration als unvereinbar mit der politischen Unabhängigkeit angesehen. Unabhängig vom Entwicklungsstand der jeweiligen Volkswirtschaft, wurden die ausländischen Direktinvestitionen auch in den meist industrialisierten Ländern nicht nur als *oeconomicum* sondern auch als *politicum* angesehen – wie Eduard Kubů für die erste Tschechoslowakische

Republik zeigte. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die ambivalente Stellung gegenüber den ausländischen Investoren nicht nur für die Nachfolgestaaten der Großreiche charakteristisch ist. Klaus Heller konnte nachweisen, dass diese Haltung mehr mit der wirtschaftlichen als mit der politischen Stärke bzw. Schwäche eines Landes zu tun hat. In Russland wurde, ähnlich wie in Ostmitteleuropa, die vermeintlich starke Rolle des ausländischen Kapitals mit der angeblich vorhandenen Gefahr einer wachsenden Abhängigkeit vom westlichen Einfluss in Verbindung gebracht. Im Projekt wurde ein weiteres Phänomen sichtbar, das viele Staaten Ostmitteleuropas miteinander teilen, nämlich das Verhältnis zum deutschen Kapital. Vor allem in der Zwischenkriegszeit sind in vielen Fällen vermutlich die deutschen Investitionen um einiges höher anzusetzen als offenbar ausgewiesen wurde. Oft ist die Erfassung zumindest der reichsdeutschen Kapitalbeteiligungen kaum möglich, weil reichsdeutsche Investitionen in vielen Fällen, wie in der Tschechoslowakei aber auch in Ungarn nicht publik gemacht wurden. Vor allem die Untersuchung von Ewa Ostaszewska deckte im heutigen Polen das bekannte Phänomen aus der Zwischenkriegszeit deutlich auf, dass die angloamerikanischen Investoren eine größere Akzeptanz als die deutschen Investoren genossen (Ostaszewska, 2002).

Auf der anderen Seite konnte das Projekt nachweisen, dass die Unternehmer primär nach dem Prinzip "business first" agierten. Das Denken in nationalen Kategorien war hingegen eher zweitrangig. Das Projekt verdeutlichte ebenfalls, dass neben der Betrachtung der ausländischen Investoren die Ebene der Unternehmer und Unternehmerverbände sehr wichtig für die Studie der historischen Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen ist. Die Zusammenarbeit der einheimischen und ausländischen Unternehmer in einem Unternehmerverband in der Zwischenkriegszeit und heute erleichterte das Engagement des ausländischen Kapitals in dem nicht immer willkommenen Umfeld. Vor allem diesem Aspekt sollten weitere Studien folgen.

Die wirtschaftsnationalistischen Maßnahmen der neu entstandenen Staaten in Ostmitteleuropa verfehlten oft ihre Wirkung. Hier gilt die Aussage: Kapital hat keine Nationalität. In der Tat, in vielen Fällen änderte der vom Staat durchgesetzte Nostifizierungsprozess nichts. Die Unternehmensleitungen wurden zwar in die neuen Länder verlegt, die Direktoren und Hauptvertreter des Unternehmens sicherten sich den Daueraufenthalt in den neuen Hauptstädten sowie oft auch eine neue Staatsbürgerschaft, aber die Aktien verblieben in deutscher, österreichischer oder ungarischer Hand. Durch den radikalen Wirtschaftsnationalismus eskalierten allerdings die

interethnischen Beziehungen in der Region Ostmitteleuropa, vor allem in den 1930er Jahren. Bezüglich des Problems der Auseinandersetzung um das Thema ausländische Direktinvestitionen stellen die Ergebnisse dieses Projektes fest, dass in der Zwischenkriegszeit das Problem des Wirtschaftsnationalismus viel stärker als heute bestand. Die Unternehmensstrategien waren eher an nationale und politische Strategien gekoppelt als in der Zeit nach 1989. Heute tritt die nationale Etikettierung immer mehr in den Hintergrund. Das Kapital war in den 1920er/1930er Jahren stärker von Staatsverträgen und Vereinbarungen abhängig. Seit 1989 entscheiden eher betriebswirtschaftliche Faktoren über die Realisierung von Investitionen. Am wichtigsten stellte sich die Markterschließung als Investitionsmotiv heraus.

Weiterhin zeigte das Projekt, dass der Einfluss des ausländischen Kapitals auf das wirtschaftliche Wachstum Ostmitteleuropas ambivalent zu sehen ist. Es ist anzunehmen, dass in der Zwischenkriegszeit nur ca. ein Drittel der weltweiten Investitionen den Charakter einer ausländischen Direktinvestition im heutigen Sinne hatten. Auch heute sind das nur ca. 8,5 Prozent aller grenzüberschreitenden Kapitalflüsse, die der modernen Definition der ausländischen Direktinvestition entsprechen (Geoffrey, 1996). In der Zwischenkriegszeit wurden vorrangig die Kreditmittel eingesetzt, um alte Schulden zu tilgen und das Budgetdefizit abzubauen. Darüber hinaus wurde jedoch auch ein beträchtlicher Teil des Kapitals für den Konsum, die Errichtung von Luxusbauten sowie militärische Projekte verwendet. Nur etwa ein Drittel der Mittel wurde für Investitionen im Industriesektor, im öffentlichen Gesundheitssystem und für den Bau von Ausbildungsstätten verwendet.

Heute unterstreichen die Ökonomen, dass die von den im Gastland etablierten Tochtergesellschaften ausgehende Impulse für die volkswirtschaftliche Entwicklung wesentlich wichtiger sind, als die Höhe der Investitionen. Dabei kommt vor allem dem Aspekt des Technologietransfers eine zentrale Bedeutung zu. Fest steht, dass die ausländischen Firmen konkurrenzfähiger als die einheimischen Unternehmen sind. Zwar wächst die Produktivität in den einheimischen Firmen schneller als die Löhne, aber auch die einheimischen Firmen sind gezwungen, höhere Gehälter zu zahlen, um konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, vor allem, wenn es um qualifizierte Arbeitskräfte geht. Belege für das Vorhandensein von Technologie-Spillovers zugunsten einheimischer Unternehmen sind hingegen alles andere als eindeutig. Jutta Günther zeigte, dass die Mehrzahl der in jüngster Zeit durchgeführten ökonomischen Spilloveruntersuchungen für die Transformationsländer keine oder sogar

negative Produktivitätseffekte für die einheimischen Unternehmen nachweist (Günther, 2003). Andererseits ist zu vermuten, dass besonders die Privatisierung und rasche Umstrukturierung in Ostmitteleuropa ohne ausländische Direktinvestitionen viel langsamer vonstatten gegangen wären. Dazu kommt das Problem der Verlagerung der Produktionsstandorte von ausländischen Firmen aus der Region, vorwiegend nach China, mit dem ostmitteleuropäische Länder ähnlich wie die westeuropäischen Industrieländer verstärkt konfrontiert werden. Allein in den letzten zwei Jahren sorgten die drei Beispiele aus Ungarn von IBM, Flextronics und Philips für Schlagzeilen. Die Abwanderung führte zu einem Verlust von insgesamt über 5.000 Jobs. Inwieweit dies zu Akzeptanzproblemen führt, hängt allerdings zum einen von den Erwartungen ab, die die Öffentlichkeit an ausländische Investoren knüpft, zum anderen vom makroökonomischen Umfeld. Eine allgemein günstige wirtschaftliche Entwicklung wird die Frage der Akzeptanz in den Hintergrund drängen.

Kontinuität und Diskontinuität

Aus wirtschaftshistorischer Perspektive stellte sich daher für die Bearbeiterin des Projekts die Frage, ob und inwiefern Ostmitteleuropa seit Beginn der marktwirtschaftlichen Transformation im Jahre 1989 lediglich an die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg anknüpft oder neue Entwicklungspfade beschreitet. Eine bittere Kontinuität zeigt sich schon in dem Anteil Ostmitteleuropas an den weltweiten Strömen der ausländischen Direktinvestitionen. Obwohl die Öffnung der ostmitteleuropäischen Länder Ende der 1980er Jahre sich in der Zeit der weltweiten Ausdehnung von grenzüberschreitenden Investitionen vollzog, spielt Ostmitteleuropa in diesem Prozess eine marginale Rolle mit zwei bis vier Prozent der weltweiten ADI (Gábor Hunya). Der anspruchsvollen und gleichzeitig schwierigen Aufgabe, die Aktivität multinationaler Unternehmen und derer Perzeption in der Region östlich der Elbe in der Geschichte und Gegenwart zu vergleichen, stellte sich dieses Teilprojekt. Dank einer internationalen Konferenz, die im Rahmen dieses Projekts zusammen mit Dr. Jutta Günther am Institut für Wirtschaftsforschung Halle durchgeführt wurde, konnte vor allem am Beispiel von Polen, der Tschechoslowakei (Tschechien und Slowakei) und Ungarn neue Ergebnisse gewonnen werden. Das vorliegende Manuskript: Jutta Günther, Dagmara Jajeśniak-Quast (Hrsg.): Willkommene Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert, soll Anfang 2006 in der Reihe: Frankfurter Studien für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Ostmitteleuropas im Berliner Wissenschaftsverlag publiziert werden. Die internationale Zusammenarbeit von Historikern, Ökonomen und Soziologen sowie der komparative Ansatz machten es möglich, die bisherigen Forschungsergebnisse zu erweitern und die wichtigsten Kontinuitäten und Brüche, vor allem bezüglich der Herkunft, Branchenzusammensetzung und regionalen Verteilung des ausländischen Kapitals, aber auch der Auseinandersetzung um das ausländische Kapital und der Rolle, welche die Investoren aus dem Ausland in den wirtschaftsnationalistischen Tendenzen Ostmitteleuropas spielten, miteinander zu vergleichen.

Das ausländische Kapital ist historisch vorbelastet, was sich bis in die heutige Zeit auswirkt. Ein Spezifikum der historischen Entwicklung Ostmitteleuropas besteht darin, dass die Verteilung der schwachen Kapitalausstattung in den Ländern Ostmitteleuropas außerordentlich ungleich zwischen den verschiedenen Ethnien war. Dadurch kommt in Ostmitteleuropa, vor allem in der Zwischenkriegszeit der zeitgenössische Begriff des „Fremdkapitals“ auf, der oft als Synonym für das Kapital der ethnischen Minderheiten wie auch für das ausländische Kapital benutzt wurde. Zusätzlich zu den ausländischen Direktinvestitionen wurden nämlich auch das Kapital von Juden, Deutschen oder Ungarn als „Fremdkapital“ bezeichnet. Deshalb ist der Begriff von ausländischen Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa aus historischer Sicht nur sehr schwer als einheitlicher Sammelbegriff zu verwenden. Auch die Akzeptanz des ausländischen Kapitals in dieser Region ist historisch bedingt und oft nach der Herkunft zu differenzieren.

Das Projekt zeigte, dass bei der Frage nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität in der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa die Einbeziehung der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen von elementarer Bedeutung für alle ostmitteleuropäischen Länder ist. Heute beziehen sich die meisten Länder auf diese kurze Geschichte ihres unabhängigen und selbständigen Staatswesens. Das wichtigste Merkmal für die historische Betrachtung der ausländischen Direktinvestitionen ist der Nationalismus und damit die Idee von den Nationalstaaten sowie deren Entstehung nach dem Ersten Weltkrieg. Aufgrund des Zerfalls von Großreichen entstanden nach dem Ersten Weltkrieg neun neue und unabhängige Staaten: Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland sowie das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Dazu sind auch Bulgarien und Rumänien zu zählen, die zwar keine neuen Staaten waren, aber in vielerlei Hinsicht anders als vor 1914 aufgestellt waren. Erst seit dieser Zeit können die neu entstande-

nen Staaten eine eigene Wirtschaftspolitik betreiben. Das „Recht auf Selbstbestimmung“ wurde zum Losungswort in allen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns. Die Ökonomie sollte wie vieles andere auch den Nationalinteressen untergeordnet werden. Der Wirtschaftsnationalismus spielte sowohl als exogene Erscheinung in Form von Protektionismus als auch als Teil des Nationalismus in Form des inneren Wirtschaftsnationalismus eine gewichtige Rolle im Prozess der nationalen und sozialen Integration in den Ländern Ostmitteleuropas.

Beide Perioden, sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1989 charakterisiert in der Region Ostmitteleuropas eine sehr starke Umschichtung des Kapitals. Nostrifikationen sind dabei eine spezifische Entwicklung nach 1918, die in der Zeit nach 1989 natürlich nicht vorkommen können. Trotzdem gibt es eine Kontinuität in diesem Umschichtungsprozess. Sie liegt in der Gründung von Holdinggesellschaften insbesondere in der Schweiz und in den Niederlanden. Besonders diese Strategie der Gründung der Holdinggesellschaften in den Niederlanden erwies sich als eine gewisse Kontinuität zu der heutigen Transformation in Ostmitteleuropa. Das Projekt hat gezeigt, dass auch heute Firmen aus den Niederlanden als ausländische Investoren in Ostmitteleuropa eine Vorreiterrolle spielen. Dieser Fakt ist eindeutig auf die Hauptsitze der vielen Holdinggesellschaften, die sich aus steuerlichen Gründen in den Niederlanden befinden, zurückzuführen. Auch die Rankinglisten der Kapitalzuflüsse nach Ländern gleichen heute denen der Zwischenkriegszeit. So zeigte das polnische Beispiel, dass die führenden Herkunftsländer in Bezug auf die Investitionsvolumen Frankreich, Niederlande, die USA und Deutschland sind, was ziemlich genau der Rankingliste der Investoren aus der Zwischenkriegszeit entspricht.

Trotz der erfassten Kontinuitäten zeigt die Untersuchung, dass der Zweite Weltkrieg und die sozialistische Periode ein großer Bruch in der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen stellten. Zwar gibt es Kontinuitäten hinsichtlich der Herkunftsländer ausländischer Investitionen, zum Beispiel die starke Rolle des französischen Kapitals in Polen und der österreichischen Investitionen in Tschechien und Ungarn. Darüber hinaus zeigen sich Kontinuitäten in der Geschichte der einzelnen multinationalen Unternehmen, die auf die Vorkriegstradition nach der Wende des Jahres 1989 in Ostmitteleuropa ihre Niederlassungen aufbauen. Hier sind im Dienstleistungssektor vor allem österreichische Banken und Sparkassen zu nennen, wie die Pionierinvestitionen nach 1989 von Credit Bank und Bank Austria und später von Raiffeisen Zentralbank oder Die Erste in Ostmitteleuropa aber vor allem in dem traditionellen Wir-

kungsraum der Wiener Banken in der Tschechischen Republik und der Slowakei. Im Industriesektor sind das zum Beispiel Henkel in Ungarn, Philips in Polen oder Siemens in der Tschechischen Republik. Große Ähnlichkeiten weisen die Ausgangssituationen der Volkswirtschaften sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1989 aus. Die Inflation, fehlende Institutionen, Rückständigkeit der Wirtschaft, Änderung der Richtung des Außenhandels sind nur einige Probleme, deren Lösung am Anfang beider Zeitperioden dringend erwartet wurden. Trotzdem wurde an vielen anderen Aspekten zugleich deutlich, dass sich die Situation heute erheblich von der Zwischenkriegszeit unterscheidet. Der Rückgang des Anteils von ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa von zehn Prozent im Jahre 1914 auf drei Prozent im Jahre 2002 ist nur ein Indikator dieser Diskontinuitäten. Eine mögliche Folge dieser Entwicklung könnte sein, dass die Region Ostmitteleuropas sich erneut zur Peripherie Westeuropas entwickelt. Die sozialistische Zeit hat die Entwicklungsunterschiede durch die Abkopplung von den internationalen Investitionsflüssen noch verstärkt.

Wege und Präferenzen

Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg wirkten sich allerdings in den unterschiedlichen Entwicklungswegen der Nostrifikationen, und der Wirtschaftspolitik der Staaten bis zum unterschiedlich starken Staatsinterventionismus aus. Die Tschechoslowakei bildet hier eine Ausnahme. Nur dort wurden breite Nostrifikationen möglich und nur dort kann man über eine Konkurrenzpartnerschaft (Eduard Kubů, Christoph Boyer) zwischen dem nationalen und ausländischen Kapital sprechen. Insbesondere am Beispiel des Bankwesens wurde deutlich, dass vor allem in der Tschechoslowakei die nun ausländischen Banken wichtige Teile ihres Filialnetzes aufgeben und ihre Zweigstellen in die nationalen Banken, vor allem der Gewerbebank (Živnostenská banka) einbringen mussten.

Der Aspekt der unterschiedlichen Entwicklungen in der Region begleitete das Projekt die ganze Zeit und zeigte, dass man nicht immer von einem homogenen Gebiet „Ostmitteleuropa“ sprechen kann. In den rückständigeren Regionen wie in Jugoslawien oder in Polen, gelang es – um bei dem Bankbeispiel zu bleiben – den ausländischen Banken sehr viel besser, den bestimmenden Einfluss auf die neu gegründeten nationalen Banken gegenüber den vergleichbar gut entwickelten Ländern der Region, wie die Tschechoslowakei zu erhalten. Die riesige Kraft des genossenschaftlichen Geldwesens und des Sparkassenwesens in Böhmen und Mähren ist dabei

nicht zu unterschätzen. Ungarn übernahm dagegen eine Vorreiterrolle, wenn es um den Zufluss der ausländischen Direktinvestitionen während der marktwirtschaftlichen Transformation in Ostmitteleuropa ging. Nirgendwo waren bzw. sind die ausländischen Unternehmen an der wirtschaftlichen Tätigkeit so stark beteiligt wie in Ungarn. Der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen an allen Investitionen ist mit 90 Prozent, am Export mit 80 Prozent, an der Bruttowertschöpfung mit 55 Prozent und am Gesellschaftssteueraufkommen mit 50 Prozent sehr hoch. In Ungarn haben die multinationalen Unternehmen auch einen Anteil von fast 30 Prozent an der Zahl der Beschäftigten. Diese Zahlen zeigen, wie wenige Investitionen in den Ländern Ostmitteleuropas nach dem Umbruch von 1990 „aus eigener Kraft“ möglich waren. Nur zehn Prozent aller Investitionen in Ungarn wurden von einheimischen Firmen getätigt. Das Verhältnis des Anteils der ausländischen Direktinvestitionen an ungarischem Export mit 80 Prozent, zu dem 30-prozentigen Anteil der multinationalen Unternehmen an der gesamten Zahl der Beschäftigten in Ungarn, zeigt auch den enormen Vorsprung der Firmen mit ausländischen Kapitalbeteiligungen in der Produktivität.

Darüber hinaus zeigte die Untersuchung, dass sich die ausländischen Investitionen auf vergleichsweise wenige Regionen und Branchen sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch heute konzentrieren, so dass sich die regionalen Disparitäten vergrößern. Weiterhin lassen sich gewisse Präferenzen der ausländischen Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa bezüglich der Branchen zeigen. Wenn noch die Verteilung der Branchen zwischen den verschiedenen Investoren im Verlauf der Geschichte nicht statisch erfolgte, werden einige Tendenzen deutlich. So waren in der Zwischenkriegszeit die deutschen Kapitalbeteiligungen im Kohlebergbau sowie der Elektro-, Stahl- und der Maschinenbauindustrie besonders stark. Die Rangordnung der Industriebranchen nach der Größe des Anteils der direkten Auslandsinvestitionen am Gesamtkapital in Ostmittel- und Südeuropa sah wie folgt aus: (1) Bergbau und Metallurgie sowie Erdöl; (2) Chemie; (3) Metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau und Energie; (4) Baumaterial, Glas und Keramik; (5) Holz; (6) Textil; (7) Papier (Teichová, 1988). Heute liegen die Präferenzen der ausländischen Investoren weiterhin in der Industrie und vor allem im Dienstleistungssektor. Einige Branchen wie die Forschung und Entwicklung sowie strategische Sektoren wie die Bank- und Versicherungsbranche, befinden sich fast ausschließlich in „ausländischen“ Händen. Damit ist die Rolle der ausländischen Direktinvestitionen in der Region viel größer zu sehen, als dies der

dreiprozentige Anteil dieser Region an der weltweiten Quote der ausländischen Direktinvestitionen vermuten lässt.

Forschungsfragen

Für die weiteren Forschungen bleibt nach wie vor die Frage nach dem Verhalten der ausländischen Investoren, also die gezielte Erforschung des Themas aus der Perspektive der multinationalen Unternehmen. Diese anspruchsvolle Aufgabe ist nur in einem international ausgelegten Forschungsteam, mit möglich vielen Fallstudien zu schaffen. Darüber hinaus zeigen Forschungen über internationale Wirtschaftsbeziehungen im Kalten Krieg, dass der Eiserner Vorhang nicht immer so undurchlässig war, wie ursprünglich angenommen. Besonders ab den 1970er Jahren flossen verstärkt ausländisches Kapital, vor allem in Form von Krediten, also Portfolioinvestitionen und Technologien, in Form von zahlreichen Patentlizenzen nach Ostmitteleuropa. Ab Mitte der 1980er Jahre gibt es aber auch Beispiele von Jointventures also von Direktinvestitionen aus dem Ausland in der Region. Nach wie vor sind die einzelnen international ausgelegten Investitionsprojekte innerhalb des RGW nicht erforscht. Darauf sollte sich die künftige Fragestellung zum Thema ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa konzentrieren. Die Ergebnisse dieser Forschung könnten die These über die Diskontinuität der Aktivität des ausländischen Kapitals in Ostmitteleuropa in Frage stellen.

Teilprojekt: Regionale Ungleichheit und Wirtschaftspolitik. Ostdeutschland und seine ostmitteleuropäischen Nachbarländer im Vergleich (1867/71-1938/39) (Uwe Müller)

Regionale Disparitäten

Regionale Entwicklungsunterschiede existieren bereits seit Jahrhunderten nicht nur zwischen Westeuropa und den Peripherien im Osten und Süden des Kontinents, sondern auch innerhalb europäischer Teilregionen wie Ostmitteleuropa. Zum gesellschaftlichen Problem wurde die regionale Ungleichheit jedoch erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch das Zusammentreffen von Industrialisierung, Herausbildung des modernen Interventionsstaates und Aufstieg des Nationalismus. Die Industrialisierung war grundsätzlich mit einem Wachstum regionaler Disparitäten verbunden. Der Beginn des modernen Staatsinterventionismus im späten 19. Jahr-

hundert kann zwar in erster Linie als Reaktion auf die sozialen Folgen des Industrialisierungsprozesses angesehen werden. Gerade in den größeren mitteleuropäischen Ländern mit ihren starken merkantilistischen und bürokratischen Traditionen, also in Preußen und in der Habsburgermonarchie, wurde aber auch die Verringerung des regionalen Wohlstandsgefälles zu einem wichtigen Ziel staatlicher Eingriffe. Entscheidend für den im Vergleich zu Westeuropa früheren Einsatz regionaler Strukturpolitik war allerdings der multinationale Charakter der ostmitteleuropäischen Großreiche. Diese am Anfang der Untersuchung stehende Hypothese ist durch die Forschungen bestätigt worden.

Regionale Entwicklungsunterschiede wurden insbesondere im österreichischen Teil der Habsburgermonarchie als Teil der Nationalitätenfrage gesehen, denn zum einen lebten die nationalen Minderheiten zumeist in den wirtschaftlich weniger entwickelten Landesteilen und außerdem strebten die Nationalbewegungen nicht zuletzt nach einem einheitlichen Territorium für ihre Nation. Politische Autonomie und wirtschaftliche Entwicklung dieses nationalen Gebietes stellten im Selbstverständnis dieser Bewegungen zwei komplementäre Wege des nationalen Fortschritts dar. Analog dazu boten sich für die politisch Herrschenden Maßnahmen zur Milderung des zu Lasten der Minderheiten bestehenden regionalen Wohlstandsgefälles als Mittel einer auf Entschärfung der nationalen Konflikte zielenden Politik an. Die Einschätzung der politischen Akteure in den Zentralen über das Ausmaß der „nationalen Gefährdung“ und die Aussichten auf einen erfolgreichen Einsatz wirtschaftlicher Mittel im Nationalitätenkampf waren daher neben den wirtschaftlichen Potenzen der jeweiligen Staaten bestimmend für die Intensität regionalpolitischer Interventionen. Hier besteht also eine Analogie zum Nationalismus im Allgemeinen und auch speziell zum Wirtschaftsnationalismus, bei denen die Mobilisierung auch hauptsächlich aus dem Gefühl der Bedrohung erfolgt.

Legitimation und Mythen

Regionale Unterentwicklung und die Rolle des Staates für ihre Herausbildung und Vertiefung oder Bekämpfung und Verringerung spielten über die politische Ebene hinaus für die nationale Identität sowohl der Staatsnationen als auch der unterprivilegierten Nationen eine wichtige Rolle. Die deutschen und magyarischen Eliten der Großreiche begründeten ihre Legitimation zur Herrschaft über fremdnationale Gebiete nicht zuletzt mit der eigenen zivilisations- und fortschrittsfördernden Funktion. Im

Gegensatz dazu sahen die Führer der nationalen Bewegungen der Polen, Slowaken, Rumänen, Kroaten und Serben den Entwicklungsrückstand ihrer Gebiete als Folge der fehlenden nationalen Unabhängigkeit, beklagten deren Ausbeutung durch die Zentren und forderten zumindest Autonomie. Ähnlich wie bei der Verstärkung von Nationalismen durch ihre Interaktionen entwickelten sich also auch diametral entgegengesetzte Einschätzungen über die regionale Wirtschaftspolitik der multinationalen Großreiche. Diese Mythen begünstigten die Herausbildung des Wirtschaftsnationalismus und seine weitere Entfaltung nach 1918. Sie beeinflussen häufig noch heute die nationalen Geschichtsbilder.

Nach 1918 wiederholte sich diese Konstellation, allerdings mit einer neuen Rollenverteilung. Die übergroße Mehrheit der Angehörigen nationaler Minderheiten in Polen, also Ukrainer, Weißrussen und Litauer, lebten ebenso wie die Slowaken und Ungarn der Tschechoslowakei im wirtschaftlich rückständigen Osten der neuen Staatsgebiete. Sie begründeten ihren Anspruch auf Autonomie bzw. staatliche Selbständigkeit auch mit einer vermeintlichen Vernachlässigung durch die zentrale Wirtschaftspolitik sowie mit der Besetzung der zentralen Funktionen in Staat und Gesellschaft, gerade auch in Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung, durch Polen bzw. Tschechen.

Regionalpolitik und Nationalitätenpolitik

Die vergleichende Untersuchung regionalpolitischer Initiativen sowie regionaler Auswirkungen allgemeiner Wirtschaftspolitik in den ostmitteleuropäischen Staaten zwischen 1867/71 und 1938/39 hat gezeigt, dass nationalitätenpolitische Motive die Infrastruktur-, Fiskal-, Industrie- und Agrarstrukturpolitik stark beeinflusst haben. Dies gilt insbesondere für den sogen. Koerberplan und die Anfänge eines vertikalen Finanzausgleichs in der österreichischen Reichshälfte, die Ansiedlungs- und Rentengutspolitik in Preußen sowie die Nostrifizierungen in der Tschechoslowakei und Polen. Die ungarische Industriepolitik orientierte sich zwar stärker an der Förderung von Branchen als an einzelnen Regionen oder Nationalitäten, verband aber im Falle der Slowakei (Oberungarns) regionale Industrialisierung mit nationaler Assimilation. In der Zwischenkriegszeit ging es den Eliten der neuen Staatsnationen vor allem darum, die ihnen nun zur Verfügung stehenden staatlichen Instrumente zu nutzen, um ihre Stellung im Wettbewerb mit den ökonomisch stärkeren Minderheiten zu verbessern. Erst unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise erfolgte vor allem in der

Tschechoslowakei eine stärkere Verbindung zwischen regionaler Entwicklungsförderung und pazifizierender Nationalitätenpolitik.

Intentionen und Ergebnisse nationalpolitisch motivierter Entwicklungspolitik klafften häufig weit auseinander. Dies lag nicht allein an den geringen finanziellen Möglichkeiten der Staaten sowie der ungünstigen weltwirtschaftlichen Situation, die zweifellos insbesondere den Handlungsspielraum der polnischen Wirtschaftspolitik deutlich begrenzten. In vielen Fällen verringerten grundsätzliche Vorbehalte gegenüber zu starken Eingriffen des Staates in den Wirtschaftskreislauf, konkurrierende Ziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik, das zu dieser Zeit noch eingeschränkte Repertoire wirtschaftspolitischer Instrumentarien, der große Einfluss der Interessengruppen aus den ökonomischen Zentren sowie die Interessengegensätze innerhalb der Wirtschaft, v.a. zwischen Industrie und Landwirtschaft, die Intensität und die Effizienz des Einsatzes regionalpolitischer Instrumente.

Andererseits haben Interessengruppen häufig nationale Argumentationsmuster genutzt, um eigennützigen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dennoch ist eine ausschließlich politökonomische Interpretation der Ausbreitung des Wirtschaftsnationalismus als Instrument sozialer Herrschaftsinteressen nicht hinreichend. In einigen Fällen ist Regionalpolitik unter Berufung auf das nationale Gemeinwohl gegen ansonsten mächtige organisierte Interessen durchgesetzt worden. In anderen Fällen hätten auch die einflussreichsten Interessengruppen spezielle Fördermaßnahmen nicht durchsetzen können, wenn es nicht Ideologien wie den Nationalismus gegeben hätte, die Partikularinteressen mit dem Gemeinwohl gleichsetzten.

Die konstitutive Bedeutung der nationalen Frage für die Inangriffnahme regionalpolitischer Interventionen schließt allerdings nicht aus, dass gerade die nationalitätenpolitischen Zielsetzungen die Wirksamkeit der Regionalpolitik häufig beeinträchtigt haben. Dies trat vor allem bei Versuchen auf, in ethnisch gemischten Gebieten Teile der Bevölkerung von den Förderungsmaßnahmen auszuschließen. Typische Beispiele dafür stellen die preußische Hebungspolitik sowie zahlreiche Maßnahmen im Rahmen der Siedlungspolitik und der Agrarreformen dar. Häufig stand auch der regionalpolitische Aufwand in einem äußerst ungünstigen Verhältnis zum nationalen „Erfolg“ oder provozierte heftige Gegenreaktionen der unterprivilegierten Nationen.

Ohne den zunehmenden Nationalismus hätten die regionalen Entwicklungsunterschiede in den Staaten Ostmitteleuropas im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert

eine wesentlich geringere Beachtung gefunden. Der Ausgleich regionaler Disparitäten wurde zunehmend als wichtige Aufgabe des Staates angesehen, wobei die „Lösung“ des Nationalitätenproblems ein erstrangiges Motiv darstellte. Die Intentionen der staatlichen Akteure waren also meist stärker von wirtschaftsnationalistischen als von sozial- oder gar ordnungspolitischen Auffassungen bestimmt.

Forschungsdiesiderata

Während der Arbeit am Projekt ist deutlich geworden, in welchen Bereichen weiterer Bedarf an Forschungen besteht:

1. Die Haltung der einzelnen Nationalbewegungen zur praktizierten Wirtschaftspolitik der Zentren ist noch nicht ausreichend erforscht. Dies gilt teilweise für die große Politik, also etwa das Wirken von Parteien bzw. Parlamentariern der unterprivilegierten Nationen, v.a. jedoch für die lokale Ebene. Dieses Defizit resultiert vor allem aus der Konzentration der ostmitteleuropäischen Nationalhistoriographien auf die emanzipierende Funktion der eigenen Nationalbewegungen im Kampf gegen die „Fremdherrschaft“. Der alltägliche Umgang mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen, das für eine Heldengeschichte ungeeignete Streben der Lokalpolitiker um kleine materielle Vorteile stieß daher auf wenig Interesse.

2. Die im Rahmen des Projektes erfolgten Studien haben sich größtenteils auf Fragen der Industrie- und Infrastrukturpolitik konzentriert, während die Fiskal- und die Agrarstrukturpolitik weniger beachtet wurden. Hinsichtlich der Fiskalpolitik ist der Forschungsstand generell unbefriedigend, wenngleich vor allem Drahomír Jančík in seinem Artikel auf der Grundlage neuer Daten über die Entwicklung in der Tschechoslowakei neue Erkenntnisse veröffentlicht hat. Die Agrarstrukturpolitik hatte in der Forschung entsprechend der großen Bedeutung des primären Sektors in der ostmitteleuropäischen Wirtschaft eine breitere Aufmerksamkeit gefunden. Der Zusammenhang von sozialen, agrarpolitischen und eben auch nationalen Zielen bei der Vorbereitung und Durchführung der Landreformen ist allerdings noch keiner vergleichenden Betrachtung unterzogen worden. Hier ergibt sich ein wichtiges Forschungsfeld für eine transnationale Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas.

3. Vergleiche sollten zudem sowohl mit der Entwicklung in den staatssozialistischen Ländern nach 1945, mit anderen Ländern der Großregion Ostmitteleuropas, die wie Rumänien und Jugoslawien ebenfalls durch eine weitgehende Übereinstimmung

ethnischer und regionalwirtschaftlicher Differenzen geprägt waren, sowie mit Ansätzen regionaler Strukturpolitik in national homogenen Staaten, etwa Westeuropas, angestellt werden.

3. Publikationen und Konferenzen

Konferenzen

Die Veranstaltung einer Reihe von internationalen Konferenzen zum Projektthema war der entscheidende Weg für die notwendigen Kooperationen und für die vergleichende und theoretische Diskussion. Die Bereitschaft zur Mitwirkung war beeindruckend.

- Gemeinsamer Workshop mit den Wirtschaftshistorikern der Karlsuniversität Prag: „Wirtschaftsnationalismus als Entwicklungsstrategie ostmitteleuropäischer Eliten“, 18./19. September 2003 in Prag, dort Vorträge von Torsten Lorenz, Uwe Müller und Helga Schultz.
- Konferenz organisiert von Uwe Müller gemeinsam mit dem Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg: „Nationalitäten und regionale Wirtschaftspolitik in Ostmitteleuropa (1867/71-1939)“, in Marburg, 5.-6. März 2004.
- Konferenz unter Organisation und Leitung von Torsten Lorenz: „Cooperatives and Nation Building in Eastern Europe (19th and 20th Century)“, 22. bis 24. März 2004, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) und Berlin, V. European Social Science History Congress.
- Konferenz organisiert gemeinsam mit Jutta Günther vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle von Dagmara Jajeśniak-Quast: „Kontinuität und Wandel ausländischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa“, am IWH in Halle, 12.-15. Mai 2004.
- Abschlusskonferenz: „Economic nationalism in East Central Europe“, an der Europa-Universität Frankfurt-Oder, 16.-20. März 2005, mit Beiträgen aller Mitglieder der Projektgruppe: Helga Schultz, Torsten Lorenz, Dagmara Jajeśniak-Quast, Uwe Müller.

Publikationen

Ergebnis sind sechs selbständige Publikationen. Eine erschien 2004 als Auftakt der besonders engen Kooperation mit den Wirtschaftshistorikern der Karlsuniversität Prag:

- Kubů, Eduard/Schultz, Helga (Hg.): Wirtschaftsnationalismus als Entwicklungsstrategie ostmitteleuropäischer Eliten. Die böhmischen Länder und die Tschechoslowakei in vergleichender Perspektive, Prag, Berlin: Aleš Skřivan ml., Berliner Wissenschafts-Verlag 2004. Darin:

Torsten Lorenz: Genossenschaften im Nationalitätenkampf, S. 121-133.

Helga Schultz: Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa – Thesen und Fragen, S. 17-29.

Uwe Müller: Der Verband ostdeutscher Industrieller zwischen Nationalismus und Regionalismus, S. 135-155.

Eine weitere Publikation ist im Druck und wird im Februar 2006 erscheinen. Drei weitere Bücher befinden sich in der formalen Bearbeitung und in der Begutachtung. Diese Bände resümieren die Ergebnisse der drei Teilprojekte. Sie enthalten jeweils Länderstudien, die den ostmitteleuropäischen Untersuchungsraum abdecken und gemeinsamen Fragestellungen thematisch eng folgen. Die Bände werden von den jeweiligen Projektbearbeitern und Herausgebern mit einer umfänglichen theoretischen vergleichenden Studie eingeleitet. So tragen die Bände durchaus Handbuchcharakter zur jeweiligen Thematik. Ein vierter Band bildet das theoretische Dach. Diese Bände sind alle schon positiv begutachtet und durch den Wissenschaftlichen Beirat der Studienreihe zum Druck freigegeben worden.

- Müller, Uwe (Hrsg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867-1939), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 13) – im Druck. Darin:

Müller, Uwe: Regionale Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik in Ostmitteleuropa (1867-1939), S. 9-58.

Müller, Uwe: Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zwischen nationalitäten- und agrarpolitischen Zielen, S. 141-166.

- Helga Schultz/Eduard Kubů (Hg.): The History and Culture of Economic Nationalism in East Central Europe, in Vorbereitung als: Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 14, Berliner Wissenschafts-Verlag. Darin:

Helga Schultz: Introduction: the double edged sword of economic nationalism.

Torsten Lorenz: Cooperatives as a Basic Tool of Economic Nationalism.

Uwe Müller: Regional policy in Empires and Nation States. East Central Europe before and after 1918.

- Torsten Lorenz (Hg.): Cooperatives in Ethnic Struggles. Eastern Europe from the late 19th until the mid 20th Century, in Vorbereitung als: Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 15, Berliner Wissenschafts-Verlag. Darin:

Torsten Lorenz: Introduction.

Torsten Lorenz/Uwe Müller: National Segregation and Mass Mobilization: Polish Cooperatives in the Posen Province before the First World War.

- Jutta Günther, Dagmara Jajeśniak-Quast (Hg.): Willkommene Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert, in Vorbereitung als: Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 16, Berliner Wissenschafts-Verlag. Darin:

Dagmara Jajeśniak-Quast: Ausländische Direktinvestitionen und das „Fremdkapital“ – eine Einführung.

Jutta Günther und Dagmara Jajeśniak-Quast: Direktinvestitionen in der Zwischenkriegszeit und nach 1990 – erste Ergebnisse eines nicht ganz einfachen Vergleichs.

Eine letzte Publikation entsteht als Gemeinschaftsarbeit dreier namhafter Forscher aus Polen, Tschechien und Ungarn. Die Manuskripte liegen vor und werden redaktionell bearbeitet.

Jan Kofman/Eduard Kubů/Ágnes Pogány: Wirtschaft im Dienst der Nation. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn von der Nationalbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg, in Vorbereitung als: Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 17, Berliner Wissenschafts-Verlag.

Vorträge

- Dagmara Jajeśniak-Quast: „Proletarische Internationalität“ ohne Gleichheit – Fremde Arbeitskräfte in den sozialistischen Großbetrieben, auf der Tagung „Ankunft – Alltag – Ausreise. Zeithistorische Forschungen zu Migration und Interkulturalität, im Zentrum für Zeithistorische Forschungen, Potsdam, 15.01.2004. (veröffentlicht in dem gleichnamigen Tagungsband von Müller/Poutrous, Köln/Wien: Böhlau, 2005, S. 267-294.)
- Dagmara Jajeśniak-Quast: New neighbours in the old homelands. The Polish-German Borderlands after World War II, auf dem VII. Weltkongress des Internationalen Rates für Ostmitteleuropa-Studien, Berlin, 25.-30.07.2005.
- Torsten Lorenz: Genossenschaften in der deutsch-polnischen Grenzregion. Zum Verhältnis von Wirtschaft und Zivilgesellschaft, auf der Tagung „Vereinskultur und Zivilgesellschaft in Nordosteuropa. Regionale Spezifik und europäische Zusammenhänge“, in Tallinn (Estland), am 24.9.2004. (Wird in einem von Jörg Hackmann herausgegebenen Band erscheinen).
- Torsten Lorenz: Genossenschaften und Nationalismus in Osteuropa (1850-1940). Ein Vergleich, im Kolloquium „Osteuropäische Studien/Kolloquium zur osteuropäischen Geschichte“, Universität Bielefeld, 17.01.2006.
- Uwe Müller: Economic Nationalism in East-Central Europe, im Kolloquium der School of History an der University of Liverpool 2.4.2003, University of Liverpool
- Uwe Müller: The struggle for the soil – nationalist Agrarianism as a cultural determinant in east-central-European transformation processes, im Kolloquium des Centre for East European Studies an der University of Liverpool, 3.4.2003

- Uwe Müller: Die Hebung des Ostens als Ziel der Wirtschaftspolitik in ostmitteleuropäischen Nationalstaaten, im Kolloquium des Instituts für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte an der Freien Universität Berlin, 20.6.2003
- Uwe Müller: Polish Co-operatives in the eastern Provinces of Prussia, auf der Tagung des Arbeitskreises „Bankengeschichte“ in der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte und der European Association for Banking History zum Thema „Ethnicity in Banking“, Frankfurt (Main), 4.11.2004
- Uwe Müller: Nationale Gefährdung und Ostflucht. Regionale Ungleichheit in den deutschen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten um 1900, auf dem Dritten Deutsch-japanischen Wirtschaftshistoriker-Arbeitstreffen “Der Einfluss rechtlicher, politischer, ethischer und religiöser Rahmenbedingungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Japan und Deutschland“, Katholische Universität Eichstätt, 16.9.2005 (Wird veröffentlicht in einem von Harald Schmidt und Frank Zschaler herausgegebenen Tagungsband)

4. Kooperationen

Die wissenschaftlich fruchtbaren und persönlich gewinnbringenden Beziehungen zu alt vertrauten und neu gewonnenen Kollegen in den ostmitteleuropäischen Ländern, in Skandinavien, Österreich, Deutschland und in den USA waren ein wesentlicher Ertrag des Projekts. Die Liste ist lang. Sie befindet sich in der Anlage.

5. Weiterführende Aktivitäten

Konferenzen und Tagungen:

- Uwe Müller: Vortrag „Vernachlässigt und ausgebeutet? Politische Instrumentalisierung regionaler Entwicklungsunterschiede in Deutschland und der Tschechoslowakei im frühen 20. Jahrhundert“, auf der Tagung der Deutsch-Tschechisch-Slowakischen Historikerkommission, in Nitra (Slowakei) im März 2006.
- Helga Schultz: Organisator der Sektion 7 auf dem XIV. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongress in Helsinki (Finnland), 21.-25. August 2006: “Economic Nationalism in East Central Europe“, gemeinsam mit Eduard Kubů. Alle anderen Mitglieder der Projektgruppe sind mit papers beteiligt.

- Torsten Lorenz: Organisator der Sektion 8 auf dem XIV. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongress in Helsinki (Finnland), 21.-25. August 2006: "Cooperatives and nation building in East Central Europe", gemeinsam mit Roman Holec (Bratislava).

Publikationen

Mehrere Kooperationspartner bereiten einschlägige Veröffentlichungen in deutscher Sprache in der Reihe Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas vor:

- Bogdan Murgescu (Bukarest) eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte Rumäniens, Serbiens, Polens, Irlands und Dänemarks, die das Problem der Rückständigkeit und ihrer Überwindung thematisiert;
- Eduard Kubů und Kollegen (Prag) einen Band zur Arisierung in Böhmen und Mähren unter der deutschen Besetzung;
- Bernard Linek (Opole) über soziale und nationale Verhältnisse der Arbeiter in der oberschlesischen Montan- und Hüttenindustrie;
- András Vári (Budapest) über Agrarismus in Ungarn im 19. und 20. Jahrhundert.

Projekte

- Die vertieften Forschungen und Debatten zum Wirtschaftsnationalismus als Wirtschaftsstruktur und alternative Modernisierungsstrategie gebaren schon auf der Abschlusskonferenz im März 2005 den Gedanken, sich als nächstes dem Agrarismus zuzuwenden. Das ist ein verwandtes, aber doch sehr besonderes ostmitteleuropäisches Problem. Dieser Gedanke, der auch in der Frankfurter Projektgruppe seit längerem keimte und nun Verstärkung durch skandinavische und ostmitteleuropäische Kollegen fand, wird zu einem neuen Projektantrag führen.
- Uwe Müller führt sein Teilprojekt zur Habilitation fort.
- Die Datenbank ostmitteleuropäischer Wirtschaftspolitiker (von der Staatsgründung bis 1939) wird fortgeführt, gepflegt und in Qualifizierungsarbeiten ausgewertet.

- Dagmara Jajeśniak-Quast untersucht seit 1.10.2005 in Anknüpfung an ihr Teilprojekt die international ausgelegten Investitionsprojekte innerhalb des RGW und den Integrationsgedanken des Ostens allgemein. Diese Themen bleiben nach wie vor ein Desiderat. Das neue Projekt wird am Zentrum für Zeithistorischen Forschung Potsdam bearbeitet und von der DFG finanziert. Das Thema ist: „Reaktionen auf die westeuropäische Wirtschaftsintegration in Ostmitteleuropa: Die Tschechoslowakei und Polen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren“. Der wissenschaftliche Kontakt zu unserer Frankfurter Forschungsstelle bleibt eng.

6. Selbsteinschätzung des Gesamtergebnisses

Ohne Selbstüberschätzung dürfen wir sagen, dass die Erwartungen an das Projekt erfüllt wurden. Es hat zur rechten Zeit Fragen aufgegriffen, die in der Luft lagen und die jetzt gerade stärker in die Debatte kommen. Das sind:

1. Die Debatte um die kulturellen Determinanten des ostmitteleuropäischen Transformationsprozesses. Unser Projekt hat gezeigt, dass eine besondere ostmitteleuropäische Wirtschaftskultur existiert, der der Wirtschaftsnationalismus zuzurechnen ist. Jeglicher Institutionentransfer bedeutet daher nicht simple Übernahme, sondern aktive Einschmelzung.
2. Dieses Ergebnis greift in die Debatte um Wirtschaftskulturen („Wirtschaftsstile“) ein, die im Zuge der kulturalistischen Wende in der Wirtschaftsgeschichte als Kritik an der neoklassischen Theorie auflebt.
3. In der allerjüngsten Zeit sind einige neue, überwiegend politikwissenschaftliche Publikationen zum Wirtschaftsnationalismus erschienen, die energische Zweifel am dominanten neoliberalen Diskurs anmelden. Wirtschaftsnationalismus erscheint nicht mehr als simpler Gegensatz zur Globalisierung. Unsere Ergebnisse zeigen den Wirtschaftsnationalismus in einer Region der Rückständigkeit, der behinderten Nationsbildung und der ethnischen Mischsiedlung auch als Ideologie alternativer Modernisierung und als Entwicklungsstrategie.

Im internationalen Vergleich sind diese Forschungen neu und relevant, wie durch die bereitwillige Kooperation der weltweiten Wirtschaftshistorikergemeinde gezeigt wurde, aber auch durch die umstandslose Aufnahme von zwei Sektionen in das Programm des Internationalen Wirtschaftshistorikerkongresses.

Unerwartete Ergebnisse gab es in allen Teilprojekten, sie sind oben dargestellt. Die Ambivalenzen des Phänomens traten im Verlaufe der Forschungen immer mehr in den Vordergrund, so dass wir den freihändlerisch-liberalen Geist, den unser Antragspapier durchweg atmet, zugunsten einer differenzierteren Sicht verließen. Die enge Verbindung mit der ostmitteleuropäischen Debatte der Zwischenkriegszeit um Industrialismus oder Agrarismus war ebenfalls ein unerwartetes Ergebnis.

Förderlich war die großzügige Handhabung der Fördermittelvergabe durch die Stiftung. Angesichts des geänderten Projektdesigns, das statt der mit Archivstudien verbundenen Fallstudien nun den Ländervergleich mit Hilfe eines internationalen Forschungsnetzwerkes bevorzugte, mussten Mittel im Rahmen der Bewilligung umgewidmet werden. Konferenzen und Werkverträge waren zu finanzieren. Förderlich war die enge Zusammenarbeit der Forschungsgruppe am Universitätsort auch auf andern Feldern der Forschung und Lehre.

Nicht günstig war, dass nicht alle Teilprojekte zur selben Zeit starteten. Das war aber nicht nur dem Umstand geschuldet, dass Dagmara Jajeśniak-Quast und Torsten Lorenz noch ihre Dissertationen abschließen mussten, sondern auch der Unerfahrenheit der Projektverantwortlichen mit den Modi der Projektplanung. Am Ende jedoch dürfen wir zufrieden sein, und versichern, dass die in den nächsten Wochen und Monaten erscheinenden Bände die großzügige Förderung rechtfertigen.

Prof. Dr. Helga Schultz

Frankfurt (Oder), Januar 2006

7. Anhang

Kooperationspartner

Titel	Vorname	Name	E-Mail	Arbeitsschwerpunkt/Institutionelle Zugehörigkeit
Dr.	Catherine	Albrecht	calbrecht@ubalt.edu	University of Baltimore Arbeitet über Wirtschaftsnationalismus in Böhmen vor dem Ersten Weltkrieg.
Prof. Dr.	Franz	Baltzarek	franz.baltzarek@unvie.ac.at	Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien
PD Dr.	Werner	Benecke	w.benecke@euv-frankfurt-o.de	Georg-August-Universität Göttingen, Philosophische Fakultät, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte
Prof. Dr.	Iván T.	Berend	iberend@history.ucla.edu	UCLA Department of History
Ph.D.	Mátè	Botos	botosm@btk.ppke.hu	Pázmány Péter Catholic University, Department of Modern History of the Faculty of Arts
Dr. habil.	Christoph	Boyer	christoph.boyer@sbg.ac.at	Universität Salzburg, Fachbereich Geschichts- und Politikwissenschaft, Europäische Zeitgeschichte
Dr.	Katerina	Bregianni	cbregiann@academyofathens.gr	Academy of Athens
Dr.	Christiane	Brenner	christiane.brenner@extern.lrz-muenchen.de	Collegium Carolinum zu München Forschungsstelle für die böhmischen Länder
Dr.	Thomas	David	Thomas.David@ihes.unil.ch	Université de Lausanne
Dr.	Karl	Delhaes, von	vondelha@mailier.uni-marburg.de	Leiter der Abteilung „Zeitungssammlung“ des Herder-Institutes in Marburg Herausgeber der Bibliographie zur Wirtschaftsgeschichte der VR Polen

				Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas
Dr.	Alexander	Dillon	alexddillon @earthlink. net	Visiting Professor of History at the Faculty of Humanities of Ukrainian Catholic University, L'viv, Ukraine
Dr.	Roland	Döhrn	Roland. Doehn @rwi-essen. de	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)
Dr.	Gerhard	Doliesen	doliesen-os @uni- lueneburg.de	Ost-Akademie Lüneburg, Institut für Ost-West-Fragen an der Universität Lüneburg
Dr.	István	Fekete	fekete @morse.hu	Henkel Magyarországi Kft
Prof. Dr.	Piotr	Franaszek	piotrfra @hist.uj.edu. pl	Uniwersytet Jagielloński (Jagiellonien Universität zu Krakau)
Dr.	Jutta	Günther	Jutta.Günther @iwh-halle.de	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Dr.	Ágnes	Györffy	agnesgy @fsd.bdtf.hu	Ungarische Akademie der Wissenschaften, Forschungsgruppe Regionale Entwicklungswissenschaft und Mikrointegration
Dr.	Ľudovít	Hallon		Slowakische Akademie der Wissenschaften Bratislava, Historisches Institut
Dr.	Mariana	Hausleitner	M.Hausleitner @t-online.de	Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas at the University of Munich, Germany
Prof. (em.) Dr.	Klaus	Heller	klaus.heller@ geschichte. uni- giessen.de	Justus-Liebig-Universität Gießen, Historisches Institut
Dr.	Andreas R.	Hofmann	gwzo@rz.uni- leipzig.de	Geistigwissenschaftliches Zentrum für Ostmitteleuropa (GWZO) Schwerpunkt: Migration und Identitätsbildung in Schlesien nach dem II: Weltkrieg und Sozialgeschichte der Städte
Prof. Dr.	Roman	Holec	rh1918 @yahoo.com ksda @fphil.uniba.sk	Historicky ustav SAV

Dr.	Gábor	Hunya	hunya @wiiw.ac.at	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW),
Dr.	Attila	Hunyadi	hunatti @yahoo.com	
Doc. Dr.	Dušan	Janák	szmaprir @opanet.cz sekretariat.su @szmo.cz	Slezky ustav Slezkého zemského muzea (Slesisches Landsmuseum) in Opava
Prof. Dr.	Rudolf	Jaworski	rjaworski @oeg.uni-kiel.de	Osteuropäische Geschichte Abt. des Historischen Seminars der Universität Kiel Direktor
Prof. Dr.	Zoltán	Kaposi		Universität Pécs, Fakultät für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte
Mag.	Mirosław	Kłusek	mirekklusek @op.pl	Pädagogische Akademie zu Krakau
Prof. Dr.	Jan	Kofman	jkof@aster.pl	Instytut Historii Uniwersytetu w Białymstoku, Plac Uniwersytecki 1
Prof. Dr.	Anu-Mai	Köll	Anu-Mai.Koll @historia.su.se amk @chello.se	Stockholm University
Prof. Dr.	Stefan	Kowal	kowstef @amu.edu.pl	Uniwersytet im. A. Mickiewicza Instytut Historii Gospodarczej
Doc. Dr.	Eduard	Kubů	Eduard.kubu @ff.cuni.cz	Karlsuniversität zu Prag Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Prof. Dr.	Zbigniew	Kurcz		Uniwersytet Wrocławski Wydział nauk społecznych (Abteilung der Sozialwissenschaften) Minderheiten/Grenzregionen
Dr.	Žarko	Lazarević	Zarko. Lazarevic	Institute for contemporary history

			@guest.arnes.si	
Dr.	Włodzimierz	Mędrzecki		PAN Warschau; Experte für ländliche Sozialgeschichte Polens
Prof. Dr.	Stephan	Merl	stephan.merl @Geschichte. uni- bielefeld.de	Universität Bielefeld, Fak. für Geschichtswiss. Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas
Dr.	Jarosław	Moklak		Uniwersytet Jagielloński Instytut Historii Schwerpunkt: Geschichte Galiziens im 19. und 20. Jh.
Prof. Dr.	Bogdan	Murgescu	bmurgescu @gmail.com	Universitatea din Bucuresti Facultatea de Istorie
Prof.	Jürgen	Nautz	Juergen. Nautz @t-online.de	Universität Gesamthochschule Kassel, Fb 10, Abteilung Rechtswissenschaft Universität Wien, Institut für Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche
Dr.	Ewa	Ostaszewska	ewa. ostaszewska @de.ey.com	Ernst & Young Corporate Finance Beratung GmbH
Doz. Dr.	Agnes	Pogany	Dienstlich: agnes.pogany @bkae.hu Privat: 8101kis @ella.hu	Budapest University of Economic Sciences, Department of Economic and Social History
Dr. habil.	Tamás	Réti	reti.tamas @mail. datanet.hu	Institut für Wirtschaftsforschung, Ungarische Akademie der Wissenschaften
Prof. Dr.	Heinz	Rieter	rieter @econ.uni- hamburg.de	Institut für Wirtschaftssysteme, Wirtschafts- und Theoriegeschichte (IWWT)
Mag.	Kasia	Shannon	kshannon @tenbit.pl	
Dr.	Roland	Spickermann	spicker @utpb.edu	Assistant Professor of History at the University of Texas of the Permian

				Basin, Odessa, Texas, USA
Dr.	Kai	Struve	struve @dubnow.de	Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur e.V. an der Universität Leipzig
Prof. Dr.	Holm	Sund- haussen	sundhaus @gmx.net	Freie Universität Berlin, Osteuropa- Institut
Prof. Dr.	Henryk	Szlajfer		Außenministerium Warschau, Chefre- dakteur
Prof. Dr.	Alice	Teichova	(in Cambridge) ateichova @ukf.net	Universität Cambridge, Wirtschaftsuni- Wien
Prof. Dr.	Ádám	Török	torokadam @yahoo.com	Universität Veszprém, Mitglied der Un- garischen Akademie der Wissenschaf- ten, Forschungsgruppe Regionale Ent- wicklungswissenschaft und Mikrointeg- ration
Dr.	András	Vári	h7506var @helka.iif.hu	University of Miskolc, Faculty of Arts, Departement for World History; Politi- sche Agrarbewegungen in Ungarn 19./20. Jh.
Dr.	Fritz	Weber	derek.weber @A1.net	Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Dr.	Alena	Zemplerov a	Alena. Zemplerinova @cerge-ei.cz	Center for Economic Research and Graduate Education of Charles Univer- sity, Economics Institute (CERGE-EI)
Dr.	Joachim	Zweynert	zweynert @econ.uni- hamburg.de	Institut für Wirtschaftssysteme, Wirt- schafts- und Theoriegeschichte (IWWT)